

# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Preis pro Quartal: 66 Goldmarken. — Einzelhefte: 2,20 Goldmarken. — Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Postämter und Verlage. — Druck: Druckerei des Politischen Wegweisers, Halle (Saale), Leipzigerstraße 21. — Vertrieb: durch den Verlag des Politischen Wegweisers, Halle (Saale), Leipzigerstraße 21.

Abbestellung: Halle (Saale), Leipzigerstraße 21. — Preis pro Quartal: 66 Goldmarken. — Einzelhefte: 2,20 Goldmarken. — Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Postämter und Verlage. — Druck: Druckerei des Politischen Wegweisers, Halle (Saale), Leipzigerstraße 21. — Vertrieb: durch den Verlag des Politischen Wegweisers, Halle (Saale), Leipzigerstraße 21.

Nummer 2

Halle (S.), 8. Januar 1927

3. Jahrgang

## Das Jahr der Räumung.

Die üblichen Reden — Einst und jetzt — Berlin — Paris — Londons Zurückhaltung — Direkte Verständigung — Hindenburg und Doumergue — Die Vertreter des Vatikan — Toben der Pariser Rechtspreffe — Clemenceau — Eine bezeichnende Antwort — Die Rheinräumung — Die Völkerverheugung — Die Bekämpfung des Militarismus — Griechische Wirren — Die Unmuthen des litauische Faschismus — Polnische Kriegsjahre — Frieden im Innern — Ausgleich der Wirtschaftsinteressen — Sozialer Ausgleich — Der Kampf der Weltanschauungen — Der Wahlkampf.

Im allgemeinen besagen die Reden beim Empfang des diplomatischen Korps am Neujahrstage nur sehr wenig. Sie sind eine Einzelscheidung, die sich jetzt langen durchgezogen hat und die nicht verschwinden könnte, ohne den Ton, der zwischen den Völkern jetzt üblich gewordenen Aussprache zu verändern. Scheinbar ein Höflichkeitssatz, in Wirklichkeit doch etwas mehr. Und hier hat die Demokratie ihre Spuren hinterlassen. Man braucht nur an jene Neujahrsempfänge zu erinnern, die in vergangenen Tagen stattgefunden haben, an dem berühmtesten vom 1. 1. 1870, als Napoleon III. den fremden Hofkutschkern seine große Friedensrede hielt, die schon sieben Monate später durch einen der blutigsten Kriege aller Zeiten abgelöst wurde, oder an die Empfänge bei Wilhelm II., die nicht ganz so gefällig waren, wie seine sonstigen Reden, weil sie vorher ganz anders geformt wurden. Unheilvoll waren seine Ansprachen dann im Zeughaus an die kommenden zehrenden Generale. In den meisten Fällen gelang es ja dem verantwortlichen Kanzler, den größten Anlaß herauszufischen, doch pfliegte auch das, was in die Öffentlichkeit drang, dort genügend Aufsehen zu erregen. Das hat sich nun grundlos geändert. Die Formen sind schlichter und dürftiger geworden, dafür hat der Inhalt an Bedeutung gewonnen.

Berlin und Paris sind die eigentlichen Brennpunkte der europäischen Politik. Damit soll Londons Bedeutung nicht verkleinert werden, aber es wahrlich eine gewisse Zurückhaltung, die schon durch seine ungenügende Stellung als Hauptstadt des Weltimperiums gegeben ist. Auch ist England heute nicht mehr der eigentliche Exponent der Lococorporation, wenn man sie so nennen will, nachdem ein Thron eine direkte deutsch-französische Verständigung erreicht worden ist. Was sich die beiden Völker zu sagen haben, können sie heute ausprechen, ohne einen Vermittler in Anspruch zu nehmen. So gewonnen die Neben der Staatsoberhäupter am Neujahrstage gerade im Hinblick auf die gegenseitigen Beziehungen der beiden Staaten doch einen gewissen Wert. Ein eigentlicher Zufall liegt es, daß in beiden Hauptstädten der Vertreter des Vatikan, in Berlin Sanctus Pacelli, in Paris Erzbischof Magliani, in den beiden diplomatischen Korps ist. Und hier haben wir offenbar eine Willensäußerung des Heiligen Stuhles selbst, da beide das Thema Locarno angerührt haben. Deutschland und Frankreich haben sich dann in den Antworten ihrer Präsidenten noch einmal ausdrücklich zu dieser Politik bekundet, einer Politik, die man etwas übertrieben als pauschal bezeichnen kann, wenn auch ihr Zweck nicht in dieser Richtung zu suchen ist. Pazifismus kann nur auf allgemeiner, internationaler Grundlage beruhen und nur allgemeine Abrüstung zum Ziel haben, während die Beziehungen zweier Staaten schließlich nicht an sich zu betrachten und von allgemeinen Weltverhältnissen loszulösen sind.

Es ist der beträchtliche Fortschritt, der im vergangenen Jahre erzielt wurde, daß haben und drüben des Rheins überragende Mehrheit der Nationen geschlossen hinter diesem Verständigungswillen stehen. Die Massen haben begriffen, und sie sind dabei durch Erfahrungen genötigt worden, daß es gewisse Gemeinwohlgründe gibt, die man nicht veräußern kann, und wäre es auch nur die gleiche Abhängigkeit von den großen Kapitalmächten und Reichthümern der Erde. In Hindenburgs Ansprache wird auch die Frage des besetzten Gebietes getrefft, in der Doumergues ist sie vermieden worden, aber Hindenburg hat einen Tag zuvor öffentlich erklärt, daß die vorzeitige Räumung im Friedensvertrage enthalten sei, so daß selber der Vertrag von Versailles nicht genügend gelassen werde. Daß man die Räumung auch in Frankreich als das Problem dieses Jahres ansieht, geht aus den wütenden Angriffen der Pariser Rechtspreffe hervor. Namentlich Bertinax im Echo de Paris gibt sich die größte Mühe, den ihm auch persönlich verhassten Außenminister neue Schmierereien zu bereiten. Er hat sich daher an die führenden Persönlichkeiten im nationalkatholischen Lager gewandt um mit ihrer Meinung eine Propaganda zu betreiben. Der alte Clemenceau, der als erster zu Wort kam, hat allerdings nur erklärt, wenn er etwas zu sagen hätte, würde er das längst getan haben. Diese Antwort ist wiederholt, aber auch bezeichnend für den Wandel, der sich vollzogen hat. Der Tiger ist still geworden, er hat die große Aufgabe seines Lebens, die Vorbereitung und Durchführung des Rheinvertrages gelöst und damit Erfolg

Lothringen für Frankreich zurückverloren. Darüber hinaus aber hat ihm die politische Entwicklung keine Grenzen gezogen. Er erkennt wohl heute selbst, daß die Zeit andere Wege einschlagen hat als er sie für richtig gehalten hätte. Er selbst büsst von der Tragik der Welt, die Ponticare heimgeführt hat, der seinen Namen unter die neuen Abmachungen setzen muß.

Die Rheinräumung ist das Problem unserer Tage. Wenn 1927 einen Fortschritt bedeuten soll, muß die Befreiung der deutschen Erde erreicht worden sein. Nicht

### Neujahrsgruß

unseres Reichstagsabgeordneten  
Staatspräsident a. D.  
Dr. Hummel

Das verfloßene Jahr bedeutet trotz der scheinbaren Verwirrung, mit der es geschlossen hat, einen Schritt vorwärts zur internationalen Verständigung, zur nationalen Entfaltung, zur Fortschrittlichen Entwicklung. Wenn wir in Deutschland mit der gleichen Leidenschaft, einer für Alle, alle für einen sein wollten, mit der manche Kreise einander bekämpfen, würden wir noch weiter gefangen sein. Vielleicht hat aber das Schicksal uns die Zwietracht mit auf den Weg gegeben im Interesse der Anderen, wenn wir sonst zu stark werden würden. Wenn wir indes nicht nachlassen, an die gute Sache des Volkes zu glauben und nach diesem Glauben innen- und außenpolitisch zu handeln, werden wir auch in neuen Jahren fortschreiten zu einer guten Zukunft.

Hummel.

nur im Interesse unseres Volkes, sondern des europäischen Friedens überhaupt. Das Londoner Urteil hat in dieser Hinsicht ausgeglichene Dienste geleistet. Es hat nicht nur den Neutralen, deren Stimmen nicht zu schwer in das Gewicht fällt, sondern auch großen Teilen der französischen Bevölkerung den unüberleglichen Beweis geliefert, daß fremde Truppen am Rhein eine Gefahr in sich schließen. Die Gefahr beruht nicht nur auf die Möglichkeit von Friedensstörungen und Völkerverheugungen, sondern mindestens im gleichen Maße in der Stärkung des Militarismus. Das Kriegsergebnis in der Pfalz hat sich nur deshalb Deutschland gewandt und die Deutschen verurteilt, gegen Frankreich ganz bewußt Sabotage gegen die Verständigungspolitik getrieben. Kriegsergebnisse sind nie in die politische Entwicklung einzuordnen. Gerade Frankreich hat darin schon sehr schmerzhaft Erfahrungen gemacht und die Lehren von uns erinnern sich noch jener ungeheuren Aufregung, die die Kriegsergebnisse in der Dreuzus-Affäre hervorgerufen haben. Damals haben die Offiziere Frankreich geradezu vor einen Bürgerkrieg gestellt. Und es ist nur der Energie weniger Männer zu danken gewesen, namentlich Waldeck-Rousseau, daß es mit kleineren Straßkämpfen abging.

Die Bekämpfung des Militarismus ist eine internationale Pflicht, niemand verleiht den Zwang zur Weisheit. Auch die Vereinten Staaten sehen sich heute genötigt, große Marine-Bestände einzubringen und nicht bei dem Weltfrieden eines Tages einfach an die Wand gedrückt zu werden, aber dahinter steht doch immer der Wille, die Rüstungen zu beschränken und allmählich un-

möglich zu machen. Der Militarismus hat einen Sinn, solange er sich in das Staatsschiff einordnet, er hört auf von Nutzen zu sein und wird zu einer öffentlichen Bedrohung, wenn er sich als Selbstzweck entwickelt. Das Meer ist nichts anderes als ein Instrument im Dienst des Staates. Das haben in ihren Neujahr-Telegrammen auch Admiral Jentz, der Leiter unserer Marine, und General Heye, Seeflottenkommandant, scharf betont. Es ist ein republikanisches Glaubensbekenntnis gewesen, auch wenn es die Form nicht ganz hatte. Wir können das aber aus der Tatsache schließen, daß der neue Chef der Flottenleitung überzeugter Republikaner ist.

Wie wenig der Militarismus den Völkern nützt, zeigt sich überall dort, wo er nach der Verhaftung greift. Wir sehen dabei von Spanien an, obwohl ein General Diktator wurde, denn die Armeen ist zum großen Teil gegen ihn. Aber man braucht nur an die Instruktion in Griechenland zu erinnern, die auch jetzt noch dem Sturz der Diktatur von neuem anliegen. Das maßlose Hellos kommt durch seine Offiziere nicht zur Ruhe. Genau daselbe gilt von Litauen. Der Putz ist gelungen, aber sofort zeigte sich, daß die Organe des Faschismus durchaus nicht geneigt sind, Politik zu treiben, die dem Interesse der Völker dient. Der Ministerpräsident Wadecaras gab Erklärungen an, die sowohl in Berlin wie in Moskau ein fremdliches Echo werden dürften, aber die Ausweisung reichsdeutscher Journalisten aus Linnel war eine

schlechte Antwort auf die deutsche Forderung nach einer

Schließung von 4 Kommunisten, die in der

Land erfolgreich getrieben.

Das dritte Beispiel ist Polen. Als Kandidat der Sozialisten hat Marschall Piłsudski seinen Staatsrecht unternommen. Vielleicht war er damals von rechtlichen Willen getragen, weil man nicht ein Doppelspiel annehmen, aber sobald er zur Macht gelangte, erfolgte die Wendung. Der Militarismus ist dort wieder im Wachen und das war auch der Grund, weshalb wir für die polnischen Bestrebungen eine andere Voraussetzung wünschten, als sie augenblicklich gegeben ist. Man liefert den Frieden nicht durch einseitige Entwertung. Gerade in ihren Neujahrsbetrachtungen haben die meisten Warschauer Blätter das Verhältnis zu Deutschland einer Kritik unterzogen, die außerordentlich verstimmt muß. Es wird vom Korridor, als dem Störenfried der Völker gesprochen und offen heraus erklärt, daß nur ein Krieg diese Frage gegen Polen entscheiden könnte. Nun nehmen wir an und für sich diese Äußerungen der Warschauer Heißsporn nicht ganz so tragisch, aber es wäre ebenso fehlerhaft wie ungenau zu sagen, daß sie schon einen Sinn. Sie bezeugen die deutsch-französische Verständigung wird einmal zu einer Neuordnung der Diktaturen führen. Das weiß man in Warschau genau so gut wie in Paris, und deshalb versucht man es durch immer neue Querretze, den Ruhezustand zu verhindern.

Voraussetzung für den Frieden nach außen ist allerdings der Frieden im Innern. Nur eine Einheitsfront der Nation kann ihm sichern. Das hat auch Hindenburg scharf unterstrichen. Es ist das Erbteil unserer Geschichte, daß wir stets das Trennende hervorzuheben. Dabei handelt es sich gar nicht um grundlegende Verfassensfragen, sondern mehr um taktische Erwägungen. Es läßt sich überall ein Ausgleich finden, und namentlich auf dem Gebiete der Wirtschaft ist die Durchsichtung von Ansichten völlig zwecklos. Hier gibt es in einem Kampf nur Besiegte. Der Schaden, der angerichtet wird, ist nicht nur dem Verhältnis zu dem Neuen, den man erwirbt, sondern dem Schaden, den das im Hinblick auf die noch bevorstehenden Handelsverträge tragen müssen. Alle Interesse gleichmäßig pflegen kann niemand. Jemand einer wird immer dadurch benachteiligt werden. Aufgabe der Staatsregierung ist es genau zu prüfen, ob der Vorteil den Nachteil überwiegt.

Fallen aber die wirtschaftlichen Gegensätze für die Politik einmal fort, und das muß erreicht werden, dann kann man für die sozialen das gleiche fordern. Herrscher wollen einer Partei läßt sich auf die Dauer nicht mit dem Gemeinwohl vereinigen, nicht einmal, wenn man sich selbst zu starken Pöbelausführe nach der einen Seite folgt zwangsläufig der nach der anderen. Ein Teil unserer Industrieführer, wir nennen wir den Namen Silber-

Berg, hat das auch richtig erkannt, und die freundliche Aufnahme seiner Dresdener Rede bei den Gewerkschaften zeigt, daß man auch hier hoffentlich, daß ein magerer Vergleich immer noch besser ist als ein fetter Prozeß. Beide Fragen können schließlich und friedlich gelöst werden. Dann bleiben nur die Bekämpfungslösungen übrig, die miteinander unvereinbar sind und sich nicht versöhnen können, die aber sehr wohl ein Nebeneinander ertragen.

Das deutsche Volk muß zwischen ihnen wählen und da es eine glatte Mehrheit weder für die konservative noch liberale, für die liberale, noch sozialistische gibt, wird ein Zusammenarbeiten immer erforderlich bleiben. Bemerklich wird die Nation in diesem Jahre zur Arne berufen werden. Bereit sein ist alles. Wir werden uns auf diese Schlacht vorbereiten müssen, damit wir für die demokratische Republik sie gewinnen können.

stift enthalten ist, das ist aus dem Programm einer Partei, momentlich auch der demokratischen abgegriffen; etwas Brauchbares Neues findet da nicht."

### Demokraten und Regierungsbildung.

Der Vorstand des Landesverbandes der Deutschen Demokratischen Partei für die Provinzen Schleswig-Holstein, Lauenburg und Mecklenb nahm nach einem Vortrag des preussischen Landtagsabgeordneten Hoff-Kiel folgende Entschliessung an:

Der Vorstand des Landesverbandes der D. D. spricht sein Bestreben und Bedauern darüber aus, daß durch das Zusammenwirken der Sozialdemokraten in den Deutschen Nationalen und den Kommunisten die Reichsregierung gestürzt worden ist, ohne daß die Opposition der Lage wäre, eine andere arbeitsfähige Regierung an ihre Stelle zu setzen. Der Vorstand erblickt darin mit nur einen Verstoß gegen das parlamentarische System und eine Gefährdung der äußeren und inneren Politik.

Er fordert die demokratische Reichstagsfraktion auf mit allem Nachdruck auf die schleunige Beilegung der Regierungskrisis hinzuwirken und eine andere Regierung nur dann zu unterstützen, wenn unbedingte Sicherheit dafür gegeben ist, daß die von der Deutschen Demokratischen Partei fest zugegebene, von der gestürzten Regierung erfolgreich fortgesetzte auswärtige Politik gesichert und unbedeutend fortgeführt wird.

Der Vorstand stellt mit Befriedigung fest, daß die demokratische Republik seit dem abgelaufenen Jahre bedeutende Fortschritte gemacht und die Anerkennung aus solcher Bevölkerungssichtungen gefunden hat die bisher in unfruchtbarer Opposition gegen den neuen Staat standen. Um jeder Zweifel an dem Bestand der deutschen Republik und der Weimarer Verfassung zu beseitigen, sind die erforderlichen Reformen durchzuführen und die unbedingte Verfassungstreue aller Schichten der Beamtenschaft und insbesondere der Reichswehr zu garantieren.

### Aus Parlamenten und Parteien

#### Demokratische Bauern- und Mittelstandspolitik.

Der Vorstand des Landesverbandes Schleswig-Holstein und Mecklenb der Deutschen Demokratischen Partei fordert die demokratischen Fraktionen des Reichstags und der preussischen Landtags auf, ihre bisherige bauern- und mittelstandsfreundliche Politik mit aller Energie fortzuführen. Das durch die Inflation gekommene Sechsbundwert (Neu- und Anliegerbedingung), die Urbarmachung von Ödlandbereichen und die Gewinnung von Neuland an der Nordsee sind planmäßig und in wesentlich beschleunigtem Tempo fortzusetzen. Den überflüssigen Betrieben sind — wie ein demokratischer Antrag fordert — durch völlige Zollfreiheit aller Futtermittel (mit Einschluß der Futtermittel) billige Betriebsstoffe zur Verfügung zu stellen.

Die im gesamten Steuern, so muß vor allen Dingen die vielfach untraglich hohe Gewerbesteuer sich der Leistungsfähigkeit des gewerblichen Mittelstandes anpassen. Die Miete darf dem Gewerbesteuervertrag nicht hinzurechnet werden. Die Doppelbesteuerung des gewerblichen Grundbesitzes durch Gewerbe- und Grundbesitzsteuer muß wegfallen, die Gewerbesteuer selber aber in ein tragbares Verhältnis zur Einkommensteuer gebracht werden.

Der Vorstand spricht der demokratischen Landtagsfraktion Dank und Anerkennung dafür aus, daß sie als einzige nichtsozialistische Partei sich in nachdrücklicher

# Das Programm der Wirtschaftspartei

## Ein sonderbares Gemisch

In den „Materialien zur Demokratischen Politik“ (Berlin SW. 11, Bernburgerstr. 18) ist schon eine beachtenswerte Darstellung über die Deutsche Wirtschaftspartei erschienen. Hier wird das wahre Wesen dieser sonderbaren Partei treffend geschildert. So heißt es u. a. über das Programm der Wirtschaftspartei:

„Daß eine Gruppe, die lediglich von dem Spinn an die egoistischen Instinkte der einzelnen Klassen und Stände lebt wie die Wirtschaftspartei, nur äußerst schwer zu einem Parteiprogramm gelangen kann, liegt auf der Hand, da selbst der geschilderte Realistiker es nicht vermag, einen großen Haufen einander widerstrebender Forderungen in harmonische Formulierungen aufzulösen. Deshalb beläßt die Wirtschaftspartei, die doch schon an den Wahlen von 1921 teilgenommen hatte, Mitte 1926 noch kein Programm. Der Göttinger Parteitag im Spätherbst dieses Jahres sollte es endlich bringen; aber plötzlich ergaben sich wieder Schwierigkeiten in bezug auf den Wortlaut, und so wurde der Entwurf von dem Parteitag n. d. m. als die Kommission zur endgültigen Redigierung zurückgewiesen. Anfang Dezember 1926 hatte die Kommission diese Arbeit glücklich erledigt, und die „Deutsche Mittelstandspartei“, das offizielle Parteiprogramm, veröffentlichte (Nr. 50 vom 12. 12. 26) das Programm, das ein wahres Muster von Verwirrung und Unklarheit ist. Mit einiger Bewunderung sieht man in den ersten Abschnitten des Dokuments, daß die Wirtschaftspartei nicht nur eine Partei der Hausbesitzer, auch nicht lediglich eine Partei des gewerblichen Mittelstandes sein will, sondern eine solche „aller schaffenden Kräfte“, also auch der Bauern, der freien Berufe, der Künstler, der Beamten, der Angestellten und der Arbeiter, ja sogar der „deutschen Volksgenossen jenseits der Grenze“. Da es ausgeschlossen ist, den sämtlichen Ansprüchen aller dieser Gruppen zu genügen, so haben sich die Verfasser des Programms nicht anders helfen können, als daß sie sich fast durchweg auf nichtsagende Verlegenheitsphrasen beschränken, die von jedem nach seinen eigenen Wünschen ausgelegt werden können.

Das gilt natürlich vor allem für die wirtschaftlichen Forderungen, es gilt aber auch für die Politik im engeren Sinne. Da sich nun die Wirtschaftspartei aus allen möglichen „bürgerlichen“ Lagern rekrutiert, so ist auch hier vorläufig die Mitte des Programms, dem die Wirtschaftspartei den nur ganz wenige bestimmte und unmissverständliche Schlagworte heranzuschreiben. Dazu gehört in bezug auf die Innenpolitik neben allerlei Ausfällen auf den Parlamentarismus das ausdrücklich bekennende zum Sozialismus. Gänzlich unklar aber, und absichtlich unklar, ist die Stellung der Partei zu der Weimarer Verfassung. Einmal wird da die Mitarbeit „innerhalb der verfassungsmäßigen Staatsform“ als Pflicht jedes Deutschen bezeichnet, gleich hinterher aber wird die Notwendigkeit einer „grundlegenden Verfassungsreform“ hervorgehoben und der „Leber-

spannung des Gedankens von der Volkshoheit“ der „Grundgedanke einer Regierung aus eigenem Recht“ gegenübergestellt. In der Flaggenfrage sucht das Programm die Gegenseite dadurch zu beschwichtigen, daß es sowohl vor der alten, wie vor der neuen Reichsflagge eine Verbeugung macht: es empfiehlt nämlich die „allgemeine Verwendung“ der Handelsflagge Schwarz-Weiß-Rot mit den Reichsadler in der oberen inneren Ecke.

Bei der Besprechung der Außenpolitik plätschert das Programm erst recht in den trüben Wäldern bewußter Zweideutigkeit. Wenn es beispielsweise von der Partei heißt: „Sie unterstützt die Mitarbeit Deutschlands an jedem Völkerverbund, der nicht Macht-Instrument, sondern Werkzeug wahrhafter Völkerverständigung ist“, so können sowohl Anhänger wie Gegner des gegenwärtigen Völkerverbundes einer solchen Forderung föhlich zustimmen, da es jedem unbenommen ist, den Genfer Völkerverbund als Werkzeug wahrhafter Völkerverständigung aufzufassen oder nicht.

Nun aber der wirtschaftliche Teil! Er muß den Wählern des Programms ganz besondere Kopfschmerzen gemacht haben, schon darum, weil die Wirtschaftspartei in ihrer praktischen parlamentarischen Betätigung fast jeden Satz dieser Programmforderungen lägen gestrichelt hat. Das trifft in vorwiegendem Maße für den Abschnitt „Steuern, Finanzen, Zölle“ zu. Es dürfte bisher noch nicht vorgekommen sein, daß eine Partei ihre eigenen politischen Handlungen derart nachträglich offiziell desavouieren muß, wie es hier geschieht. Mit großen Worten tadelt die Wirtschaftspartei da die „Verletzung der einschlägigen Grundzüge der Beziehungen zwischen Wirtschaft und Staat durch das gegenwärtige Steuerwesen“ und verlangt eine Neuordnung des gesamten deutschen Steuerwesens mit dem Ziele, der Verteilung der Steuerbegriffe sowie der vertriebenen Steuerbegriffsverteilung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden ein Ende zu machen.“ Dabei ist die hier so scharf kritisierte Steuererhebung unter ausschlaggebender Mitwirkung der Wirtschaftspartei zustande gekommen.

Nur in einem Punkte ist die Wirtschaftspartei auch nachträglich nicht einer besseren Einsicht fähig gewesen: in bezug auf die Zollgesetzgebung. Getreu der schaujollnerischen Haltung der Wirtschaftspartei im Jahre 1925 spricht sich auch das Programm nicht für eine Herabsetzung der Zölle für alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse unter Auswirkung von landwirtschaftlichen Berufsvertretungen. — Was das aber bedeutet, weiß jedermann. Demgegenüber ist es auch wieder nur eine von jenen buntschillernden Phrasen der Verlegenheit, wenn an einer anderen Stelle gefordert wird: „Verbesserung des Zollsystems unter besonderer Berücksichtigung der Existenzmöglichkeiten in der Landwirtschaft, der Gewerbe und der Lebensbedürfnisse der armen Bevölkerung.“

Was an positiven praktischen Forderungen für Handwerk, Handel und Gewerbe in dem Schrift-

## Der Hochstapler.

Ein eleganter Wiener-Gabardineanzug, Krepphosen — betrat in dem Augenblick die Hofmannsche Buchhandlung, als mein Freund Hans sich mit dem Verkäufer unterhielt. Hans Gerb hat mir die ganze Sache neulich im Cafe erzählt. Sein Interesse für alle kriminellen Dinge hatte ihn schließlich dazu geführt, sich neben seinem volkswirtschaftlichen Studium als Privatdetektiv zu betätigen. Diese nun schon mehrjährige Gewohnheit lehrte ihn, alle Menschen mit ungewöhnlicher Schärfe zu beobachten.

„Was fiel dir denn an jenem Gabardineherrn auf?“ fragte ich.

„Ah, zunächst nichts weiter,“ meinte er, sich zurücklehnd, „ich selber wollte einen Band des Pittaval erheben und war mit Hofmann, der mich selbst bediente, in ein flottes Gespräch über das internationale Verbrechertum gekommen. Er schilderte mit gerade, wie grotesk sich so manche Leute einer Verbrecher vorstellen. Die Popularität eines solchen wüßte desto mehr, je falscher ihre Voraussetzungen seien. Alles überhört, je falscher würde, ein Mensch, eine Kunst oder ein Wissensgebiet, verleihe seine Farbe und würde in den Geschmack der Masse eingebettet. An dieser Stelle erschien der elegante Herr und ließ sich eine Reihe Werke vorlegen, deren Inhalt merkwürdig zu unserem Thema paßte: Es waren Konversationslexika und populäre Nachschlagewerke.“

„Nun — das ist doch nichts Besonderes.“

„Gewiß nicht, im Gegenteil, aber gefühlsmäßig erfasse ich, daß etwas nicht stimmen konnte, als ich seine endgültige Wahl betrachtete: Sie fiel auf ein Werk, das ich selbst besitze und bereits oft mit Erfolg zum Rat gefragt habe.“

„Nun — und —?“

„Ja — schloß du — diesen Vorteil gönne ich ja jedem anderen ebenso wie mir, aber ein geringes Luffladern in den kleinen dunklen Augen dieses Herrn, dessen Gesicht brutal und gewöhnlich war, machte mich fahrig, und — du tustst das an mir — ich fragte mich, wozu mag er dieses Buch brauchen, das, gewiß nicht geeignet ist, egoistische

Trieb zu befriedigen. Er bezahnte und ging. Ich sprach unwillkürlich zu dir und sah, wie er mit halber Geste einem unweit haltenden Auto zuwinkte, den Band jemandem in den Händen hineinwarf und sich eilig in entgegengekehrter Richtung entfernte. Du wirst zugeben, daß dieses Benehmen mindestens seltsam war.“

„Es scheint so.“

„Es wird aber noch viel besser. Am Tage darauf begegnete ich jenem Herrn auf der Straße. Diesmal trug er eine Brille, und sein Gesicht kam mir sympathischer vor als im Dämmerlicht des Hofmannschen Ladens. Als er an mir vorüber war, wandte ich mich um und bemerkte, wie er aus der Rocktasche das Taschenbuch hervorholte.“

„Welch entsetzliches Tat!“

„Vah man — du wirst schon sehen. Dabei flatterte nämlich ein Zettelchen unbeachtet zur Erde. Ich war es etwas, hob es auf und las: Kleiner Herder, S. 290 f. Donnermeter, dachte ich, das ist ja merkwürdig. Gestern kaufte er das Buch in meiner Geheuer, und heute finde ich diesen Hinweis darauf. Ich schlug zu Hause sofort in meinem Exemplar nach und fand auf Seite 290 — die Farbentafel, auf der alle Gekostete abgebildet sind. Nun stand es für mich fest, daß ich es mit einem Hochstapler zu tun hatte.“

„Ja, na — immer langsam. Wenn du dich nur nicht geäußert hast.“

„Oh — mein Gefühl trägt mich nie! Ich gebe der Spur unbedingt nach. Ubrigens — aptoros Gefühl — ich habe ein Mädel kennen gelernt — neulich im Kolleg, so etwas von blonder Vieltheiligkeit gibst nicht noch einmal. Komm doch mit in den „Geldverkehr“, da sieh ich immer neben ihr.“

„Ich habe wirklich wenig Zeit, mein Lieber, das kunsthistorische Seminar —“

„Ah was — dein alter Franz wird dich nicht vermissen.“

„Bitte sehr — ich habe Referat. Kennst du Professor Franz eigentlich?“

„Ne — keine Ahnung.“

„Es würde dir nichts schaden, ihn einmal sprechen zu hören, den „alten“ Franz. Dein „alter“ Geldverkehr —“

„Schimpf nicht, dich dir das Mädel an.“

„Ich sieh mich wirklich breiselig. Hans hat recht: dieses Antlitz... diese Gestalt... dießmal und grasig.“

„Geschmack hast du,“ flüsterte ich neben ihm.

„Ne heißt sie, kam es geräusch. Vom Geldverkehr wissen wir beide heute noch nichts. — In der Pause stellte ich mich vor. Sie plauderte freudig und offen. Sie hieß wie Franz und war die Tochter meines Professors. Tadaaaa!“

„Morgen darf ich Sie zum Tee erwarten, meine Herren? Es kommen noch einige Kommissionen. Wir feiern Geburtstag —“

„Wessen — wenn ich fragen darf?“

„Baba — meinen — natürlich meinen! — und weg war sie.“

„Vertiglichen Dank, mein Hans.“

„Nicht wahr? Wie siehst du da?“

„Es war „morgen“. Um 5 Uhr standen wir vor Professor Franzens Tür. Stimmengewirr empfing uns, Hans kam gleich und führte uns ins Wohnzimmer. Im selben Augenblick trat er hinter mir: Hans hatte sich unsonst auf einen Stuhl niedergelassen und starre dem eintretenden Professor an wie einen Geist.

„Was ist denn los?“ entfuhr es mir etwas unwillig, da die beiden schon aufmerksamer wurden.

„Nichts — nichts! Ich bin ausgerüstet.“ Plötzlich schielte er „Almüchtiger! Franz ist der Hochstapler!“

„Wirst du das Maul halten!“ Ich mußte mich zwingen, nicht laut herauszulassen. Hans, den Detektiv, und über zu wissen, machte mich an die unmöglichen Ähnlichkeiten. Der abmühtige Hausberg begrüßte uns sehr freundlich, Hans, dem sich in Verlegenheit Bemühen, reichte er sogar die Hand und ließ ihn im Kreise der Studenten ein Buch herum.

„Ich sprach Ihnen wohl schon im Seminar davon, wie unappetitlich praktisch der „Kleine Herder“ ist. Ich gestehe, daß ich nach einem solchen Nachschlagewerk immer gelüch habe. Meine jetzige Arbeit über geographische Gekostete führte mich dazu, ihn anzuschaffen. Die Tafel

Wohle des Schutzes der Mieter gewerblicher Räume (Werkstätten, Läden, Kontore) angenommen hat. Er fordert die demokratische Landtagsabordnung auf, im Interesse der stark benutzten, in ihrer Existenz gefährdeten gewerblichen Mieter auch weiterhin dahin zu wirken, daß kleinere gewerbliche Räume weiter geschützt bleiben und für alle paritätische Geringverdiener mit Zwangsbindung erreicht werden, welche die Befreiung von Kündigungs- und Mietsteigerungen nachprüfen haben.

#### Es ging wohl, aber es geht nicht.

Der ehemalige Herzog von Braunschweig hat im Abfindungsvertrage mit dem Kurfürsten von Preußen einen Gesamtwert von etwa 50 000 Morgen zugewiesen erhalten. Daneben besitzt Braunschweig noch jährlich 75 000 RM. an seinen ehemaligen Herzog. Ein kleiner Landwirt im Kreise Braunschweig meinte, daß von diesem riesigen Reichthum der Herzog ihm wohl einige Morgen Pachtland abtreten könnte. Er schrieb also einen freundlichen Brief an den ehemaligen Landesbesitzer, in dem er ihm recht eindringlich seine Verhältnisse schilderte, insbesondere, daß sein Betrieb durch Mängel von Pachtland vor dem Ruin stünde, und daß er keine Möglichkeit habe, anderweit Pacht zu erlangen. Der Herzog möge ihm doch von seinem benachbarten großen Gute einige Morgen abverpachten. Der ehemalige Landesbesitzer und jetzige Großgrundbesitzer hat darauf nachfolgende lakonische Antwort erwidert:

„Ar. 1905-M. Gm und n, den 14. Oktober 1926.“

Auf das an Seine Königliche Hoheit den Herzog gerichtete Gesuch vom 7. v. M. um Ueberlassung von Pachtland von der Domäne ... teilen wir Ihnen mit, daß Ihre Bitte leider nicht entsprechen wird.

gez.: Dr. Knoke, Wirtlicher Geheimer Rat.“

#### Alra Schloßmann 4.

Ganz unerwartet starb an einer schweren Lungenentzündung Frau Alra Schloßmann aus Dittendorf, die Gattin des bekannten Geh. Reichs-Rats Prof. Dr. Arthur Schloßmann. Der Tod dieser verdienstvollen Frau, deren Name durch ihr unermüdetes und schaffensreiches Wirken weit über die Grenzen Dittendorfs hinaus bekannt ist, wird außer von ihren Angehörigen auch von der großen Zahl derer tief betrauert, die sie in ihrem Schöße als stets hilfsbereiten Menschen und als aufrechten und arbeitsfrohen Kameraden kennen gelernt haben. Die Bestorbene war in vielen sozialen Organisationen und Wohlfahrtsvereinen tätig und hat als überzeugte Demokratin auch in kommunalpolitischer Arbeit Wert.

#### Landtagsabgeordneter Hoff 60 Jahre.

Am 6. Januar beging der demokratische preußische Landtagsabgeordnete Hoff 60. Geburtstag, ein Mann, der seit mehr als einem Menschenalter an hervorragender Stelle für Volksfreiheit und für wahrhaft demokratische Siel- und Kulturgemeinschaft wirkt. Gestorben am 6. Januar 1867 zu Bergzabern in Schlesien, wohnhaft seit Ferdinand Hoff zum Lehrerberuf. Daneben aber nahm er schon frühzeitig an den öffentlichen Angelegenheiten seiner Heimat regen Anteil und lenkte alsbald die Aufmerksamkeit der freimüthig gestimmten Volksgenossen auf sich. Er wurde zum Vorsitzenden der Freimüthigen Partei in Schleswig-Holstein, zum Stadtverordneten in Kiel und 1907 zum Mitglied des Preussischen Abgeordnetenhauses gewählt, und zwar als Vertreter des Wahlkreises Kiel-Rendsburg. Preussischer Parlamentarier ist Hoff seitdem fortwährend gewesen, nur mit der einzigen Unterbrechung während der Tagung der verfassunggebenden Landesversammlung. Auch Mitglied des Reichstags

ist Ferdinand Hoff gewesen. In den Jahren 1912 bis 1918 vertrat er dort den Wahlkreis Dittmarschen. Charakteristisch für die politische Tätigkeit Hoff's ist, daß er gleich in seiner ersten größeren Schrift die Uebertragung des Reichswahlrechtes auf Preußen als dringend notwendig erregte ein echter Sohn seines Landes — in der Folgezeit unablässig immer wieder erhoben.

#### Aus Schmiedings Reich.

Der Kampf gegen einen demokratischen Rektor. Aus Wald e d wird uns geschrieben:

Seit vier Jahren führt die rechtsstehende Landesregierung des Zwergerlandes Wald e d einen erbitterten Kampf gegen den demokratischen früheren ererbtenen Rektor Weiser in Bad Wildungen, weil er von dem verfassungsmäßig garantierten Recht der freien Meinungsäußerung Gebrauch gemacht hat. Drei Disziplinierungsverfahren sind gegen Weiser eingeleitet. Er wurde vom Amt suspendiert und wurde in das kleine Dorf Hüttingen verweist; alle Verfolgungsmaßnahmen schlugen fehl. Die Suspension konnte nicht länger aufrecht erhalten werden, weil obwohl nichts gegen Weiser vorlag. Nachdem so alle Maßnahmen, für die der rechtsstehende Landesdirektor Schmieding die Verantwortung trägt, zusammengebrochen waren, soll Weiser jetzt wenigstens in seiner beruflichen Stellung geschädigt werden. Deshalb ist im „Interesse des Dienstes“ die Verweisung Weisers von Bad Wildungen nach Wengeringhausen ausgesprochen worden. Weiser leidet also in Zukunft eine vierklassige Schule anstelle einer zweiklassigen und bezieht ein niedrigeres Gesamteinkommen, als er es bisher bezogen hat. Statt daß der walddeutsche Landesdirektor durch den Zusammenbruch seiner bisherigen Verfolgungsmaßnahmen einen besseren Befehl wird, schießt er den Kampf gegen Weiser mit einer kleinlichen Schikane ab. Rektor Weiser hat sich beschwerend über das preussische Kultusministerium, die Ausschussarbeiten für die walddeutsche Schulangelegenheiten, gewandt. Ob das Kultusministerium aber die Möglichkeit eines Eingreifens hat, kann zweifelhaft erscheinen; im übrigen ist es eine politische Unbedeutendigkeit, daß ein deutsches Land Ausschüsse gegenüber einem andern deutschen Lande hat. Der Fall Weiser, der auf diese Weise schwierige politische Zuständehetfragen in Preußen hervorruft, muß den Anstoß bilden, bestellend die Erfordernisse eines Landes wie des Zwergerlandes Wald e d mit seinen 50 000 Einwohnern nachzuprüfen.

#### Ein neues Reichsapothekengesetz.

Die neue „Demokratische Zeitungsdienst“ mitteilt, wird kürzlich im Reichsministerium des Innern der Referentenentwurf eines Reichsapothekengesetzes ausgearbeitet. Dieser Entwurf lehnt sich im wesentlichen an jenen Gesetzesentwurf an, der im Jahre 1911 durch den Reichstag gebracht wurde, der aber damals nicht durchdrang. Sobald der Referenten-Entwurf fertiggestellt ist, werden die Vertreter der Länder und die Interessenten zu hören werden. Da diese Verhandlungen voraussichtlich längere Zeit in Anspruch nehmen werden, ist noch nicht abzusehen, wann der Entwurf dem neuen Kabinett vorgelegt werden kann. Im Gegensatz zu den jetzt bestehenden Vorschriften auf dem Gebiete des Apothekenwesens geht die Tendenz des Referenten-Entwurfs, wie verlaute darauf hinaus, das Apotheken-Betriebsrecht einheitlich zu regeln; damit werden die Privilegien und persönlichen Konzeptionen in Fortfall kommen. Der Handel mit Kaufstoffen fällt nicht unter diesen Entwurf, da das Opiumgesetz diese Materie behandelt. Man trägt sich allerdings mit dem Gedanken, eine Ergänzungsvorlage zum Opiumgesetz den gesetzgebenden Körperschaften zuzustellen, da sich trotz des Opiumgesetzes gewisse Mißstände im Handel mit Kaufstoffen ergeben haben. Wieweit diese Mißstände verurteilt werden, läßt sich allerdings im Augenblick noch nicht übersehen.

#### Beijungspung der Republik kostet 70 Mark!

Nach einem Urteil, den wir dem „Berliner Tageblatt“ vom 29. Dezember 1926 entnehmen, fand vor dem

Schöffengericht Charlottenburg unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Tölke eine Gerichtsitzung statt, die sich mit einem Vergehen gegen das Gesetz zum Schutze der Republik zu befassen hatte. Angeklagt war Frontmann G., der bereits wegen Körperverletzung verurteilt war. Er hatte im März u. J. mit zwei Freunden sein Examen gefeiert und kam in ungehobelter, aber, wie von den beiden als Zeugen vernommenen Polizeimachtmännern ausdrücklich festgestellt wurde, keinesfalls verdächtigem Zustande auf die an der Schlossbrücke in Charlottenburg gelegene Polizeiwache. Er hat einen der Beamten, ihm dabei behilflich zu sein, seinen völlig betrunkenen Freund nach Hause zu bringen. Als der Beamte dem Wünsche des G. nicht sofort nachkam, da er gezwungen war, erst einen Kameraden über seinen Fortgang zu unterrichten, wurde G. außerordentlich ausfallend und beschimpfte den Polizeibeamten und einen ihm später zur Hilfe eilenden Kollegen, die deutsche Republik und die höchsten deutschen Staatsmänner aufs schärfste. Die beiden Polizeibeamten führten übereinstimmend unter die folgende Bezeichnung des G. an: „Gebet war der größte Lump“, „Streikmann, dieser Aufsteiger- und Barmarschler“, „Ihr seid ja alle Judenbiener“, „Diese Sch... republik“, „Na, wartet, 1927 wieder ihr was erleben wir vom Frontmann haben alle noch 98er Gemüthe“ u. a. Als die beiden Polizeibeamten daraufhin den Angeklagten feststellen wollten, schlug er den einen Polizeibeamten mit einem Stock über den Kopf, dem anderen Polizeibeamten auf die Wange als „Judenbiener“ usw. zu beschimpfen. Der Anklagevertreter beantragte 3 Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf zwei Wochen Gefängnis, und da nach Ansicht des Gerichts auch eine Geldstrafe geeignet erscheint, die Tat zu sühnen, wurde die Gefängnisstrafe in eine Geldstrafe von 70 Mark umgewandelt.

Wieder ein Urteil, das ungemein geeignet erscheint, das viel erörterte Vertrauen zur Justiz zu stärken!

#### Neues Strafverfahren gegen den walddeutschen Mündchener?

Nachdem der bekannte walddeutsche Agitator und frühere Pfarrer Mü n c h e n e r sich auf Vorkurs unmöglich gemacht hat, sucht er jetzt das Land Oldenburg heim. Seine Vorträge, die er dort hält, sind nach dem „Berliner Tageblatt“ nach wie vor charakterisiert durch schwere Beschimpfungen der Reichsorgane und der Re p a b l i k. Nach Protestmeldungen soll er sich besonders in Westerbunde in dieser Weise ausgesprochen u. a. auch Straßmann schwer beleidigt haben. Die Staatsanwaltschaft ist bereits wieder mit der Vorbereitung eines Strafverfahrens gegen Mü n c h e n e r beschäftigt.

#### Das neue preussische Polizeibeamten-Gesetz.

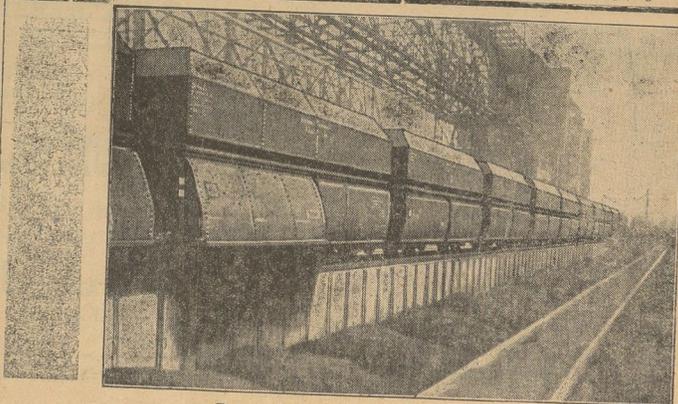
Der preussische Minister des Innern hat den Gesetzgebenden Polizeibeamtengesetzes nach dem Entwurf des neuen Entwurfs enthält auch Bestimmungen über die Rechtsstellung der kommunalen Polizeibeamten.

#### Zurückhaltung der schlesischen Ernte.

Das Organ des schlesischen Landbundes bringt eine Aufstellung über die Zurückhaltung der Ernterückstände in Schlesien. Die Angaben sind umso beachtenswerter, als sie von einer Seite stammen, von der ein Zurückhalten der Ernte zu Spekulationszwecken immer abgelehnt worden ist. Von der Gesamtmenge sind in Schlesien noch vorhanden an Weizen 54,4 Prozent, an Roggen 63,3 Prozent, an Gerste 68,3 Prozent, an Hafer 79,7 Prozent und an Kartoffeln 76,4 Prozent.

#### Die Kleingarten-Bewegung.

Eine große Versammlung in Königsberg (Ostpreußen), zu der mehr als 2 000 Teilnehmer erschienen waren, gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Kundgebung der Königsberger Kleingärtner und Bodenreformer für die dauernde Erhaltung der Kleingärten, für das Recht des Stadtbewohners auf Kleingartenland und für die Errichtung von Familienheimstätten. Der demokratische Landtagsabgeordnete Meinde gab einen geschichtlichen Rückblick über die Kleingarten- und Siedlungsfrage. Er wies auf die



Der erste Großraum-Güterwagenzug.

Der erste Großraum-Güterwagenzug traf am Dienstag, den 4. Januar im Groß-Rathenow Berlin-Hammelsburg ein und wurde hier im Anwesenheit der Professorentreter entladen. — Die bisher im Reich befindlichen, offenen Güterwagen haben nur eine Tragfähigkeit von etwa

15-20 Tonnen, auch ist ihre Entladung getraubend und kostspielig. — Die Reichsbahn hat deshalb Großraum-Güterwagen bauen lassen, von denen jeder Wagen ein Frachtovermögen von 50 Tonnen hat. Die Entladung erfolgt selbständig in wenigen Sekunden.



# Beilage zum „Politischen Wegweiser“

Nummer 2

Halle (S.), den 8. Januar 1927

3. Jahrgang

## Landeschulklasse und Junglehrer.

Wie man helfen kann und helfen muß.

Von Dr. Bohner, Oberstudienrat,  
Mitglied des preussischen Landtags.

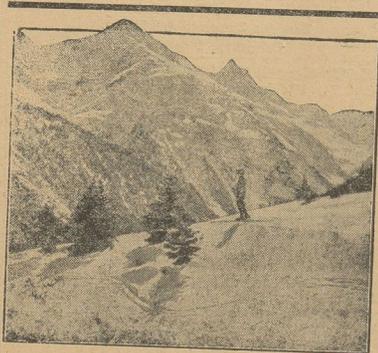
Für die Junglehrer wie für die ganze Volksschule tritt jederzeit jede öffentliche Stelle in der Defensivhaltung den Defensiv- und einschüßlichsten Worten an, so daß alles in Ordnung scheint, bis irgendeine nicht genügend vorbereitete Maßregel doch wieder verärgert, daß dem größten Einfluß in der preussischen Volksschule auf absehbare Zeit der ausbleibt, bei dem die Mittel der Gemeinden und des Staates für die Volksschule zusammenfließen, und der sie wieder über das Land ausstreckt: der hat zum 1. Oktober den von den Gemeinden aufzubringenden Monatsbeitrag für die Schulstelleneinheit von 286 M auf 310 M erhöht, während er gleichzeitig das vom Staat der Gemeinde zu zahlende Befähigungsgeld für den einzelnen Schüler von 3 M auf 2,80 M herabsetzte, zwei Maßregeln, die zusammen den Staatshaushalt jeder kleinen Gemeinde, der doch bei Beginn von der Regierung genehmigt ist, mitten im Jahr umwerfen müssen; für die kleine Gemeinde Büschow zum Beispiel im Landkreis Magden soll es eine Steigerung ihrer Schulkosten um 11.000 M bedeuten. Die Lage heißt es in der Verantwortung einer kleinen Anfrage im Landtag, habe sich erst beim Abschluß der Kasse für 1925, also am 15. Juni 1926, übersehen lassen, obwohl wieder eine Erhöhung der Gehälter noch eine Vermehrung der Schüler eine wesentliche Minderung gegen 1925 vermuten lassen konnten. Zum Trotz prüfe man aber nach, ob sich künftig solche Kreisrechnungen mitten im Jahr erparieren lassen; aber das Gesetz gebe dem Anwalt das Recht zur Kreisrechnung sogar von Monat zu Monat. Offenbar pflegt man bei der Landeschulklasse sorgfältig die Erinnerungen an die Inflationszeit. Aber gerade die Gesetzesbestimmung zeigt, welche Machtfälle hier sich vereinigt.

In dieser Gestalt, daß eine Landeschulklasse die Gehälter zahlt und dafür die Beiträge der Gemeinden erhebt, ist die Landeschulklasse eine Neuschöpfung. Vor dem Krieg fand der Ausgleich bei den einzelnen Bezirksregierungen statt. Die Gleichmäßigkeit, aber auch die Bindung ist heute größer. Der Landeschulklasse ist die sogenannte Lastschulzahl 60 zu verdanken, d. h. die Schülerzahl für eine Schulstelleneinheit ist bei der Landeschulklasse 60 oder die angefangene 60. Hat z. B. eine Gemeinde 30 Schüler und 2 Lehrer am Unterricht, so muß sie 2 Schulstelleneinheiten zu 310 M monatlich bezahlen, bekommt aber auch das Befähigungsgeld für zweimal 60 Schüler; die beiden Lehrer sollen sie in Wahrheit 284 M zusammen. Somit aber die Schülerzahl auf 59 am Stichtag zu beschränkt sie für den zweiten Lehrer, der jetzt eine „Mehr- oder Lustschulstelle“ innehat, 403 M, und erhält nur für den ersten Befähigungsgeld. Selbst wenn die Zahl seit dem Stichtag wieder über 60 gestiegen ist, hat sie jetzt monatlich 545 M für beide Lehrer zusammen aus eigenen Mitteln aufzubringen. Rein Wunder, wenn sie jetzt über Schulplätzen klagt und den Abbau der „Lustschulstellen“ verlangt! Nur unter Umständen kann man ausstehend die Fernbetriebe einer Kasse weiter darstellen, die zwar als allgemeinen Maßstab die Zahl 60 bestimmt in der mehr als unklaren Annahme, daß dies die Durchschnittszahl der Befähigung unserer Volksschulklassen vor dem Krieg gewesen sei, daneben 50 als Höchstzahl für die Grundschule hat und dann beim Abbau von Stellen wieder mit der Zahl 45 rechnet, während man in glücklicheren Sachen von vornherein mit 30 rechnet. Aber in diesen Zahlen ist jede Fortentwicklung unserer Volksschule beschlossen, und hier beginnt die Junglehrerzeit.

Über 30.000 Beschäftigungslose Junglehrer errechnet man in Preußen, Lehrer ohne Schulen und ohne Amt. Dazu dann 10.000 schon Beschäftigte, aber noch nicht angestellte Bewerber. Bei einem jährlichen Neubedarf von 3000 bis 4000 Lehrern konnte man, nachdem man dem Abbau der alten Lehrereinnahme der Zukunft aufhörte, hoffen, in sieben bis acht Jahren sie alle im Schulamt unterzubringen. Für einzelne Gebiete, so für Ostpreußen, wird sogar berichtet, daß man schon in drei Jahren einen Lehrermangel zu fürchten habe. Darum ist man sich auch, wie in Österreich, einen Teil auszufüllen und ihnen die Aussicht auf den gegebenen Beruf für immer zu nehmen. Man hat von verantwortlicher Stelle im Gegenteil erklärt, daß man die moralische Pflicht auf Anstellung aller empfinde. Wie aber, wenn man erfahren muß, daß im laufenden Jahre noch keine 1000 statt der erwarteten 3000 angestellt werden könnten; daß aber zum Ausgleich auch keine größeren Zahl möglichst als Vertreter oder Schullehrer der Schularbeit zugeführt werden können, sondern daß im Gegenteil die Arbeit der Bezirksregierungen und der Zentrale sich darin erschöpft, über 2000 Lehrstellen seit 1925, seit 1923 sogar rund 6000 Stellen, nach den Zahlen 60 und 45 ganz einzunehmen, oder wenigstens dortläufig zum Ausfüllen zu bringen? Im Reich und in Preußen hat man Millionen zur Steigerung der Junglehrerzeit bestimmt und auch in Form von Fortbildungsausfällen verteilt. Das Wichtigste, ihre Arbeit, hat man ihnen weggenommen; ja, man ist sogar veranlaßt, nachzusehen, wie weit man die für die Junglehrer bestimmten Millionen durch diesen Stellenabbau an ihnen selbst verlor hat. Dabei weiß man ganz genau, daß der Volksschule nichts Schlimmeres widerfahren kann, als daß unter dem

Eindruck eines solchen Abbaus die Junglehrer, die Tätigsten zuerst, der Volksschule endgültig Lebewohl sagen; man hat dann diese Lehrer mehr und wird die Schule Kindergerätnissen einräumen müssen.

Man weiß weiter, daß es pädagogisch und staatspolitisch ein Unfug ist, den jungen Lehrer lange Zeit seinem eigentlichen Beruf fernzuhalten. Wenn pädagogische Reform ein Dauerzustand ist, so muß ein Schulfremder in wenigen Jahren außer Zusammenhang mit der Entwicklung sein. Und man kann sich doch auch nicht verbergen, wieviel Idealismus trotz aller gehaltigen Besserstellung auch heute von jedem Lehrer im Beruf verlangt wird, und daß ein solcher Idealismus stumpf und müde wird bei vielen, wenn Jahre sehr eintöniger Handarbeit des ungeratenen Arbeiters oder gar völliger Erwerbslosigkeit zuzugewandert; denn die Stellung des Junglehrers auf dem Arbeitsmarkt leidet unter dem Unwissen seiner Zukunft auch darin, daß ihm niemand eine Stelle mit irgendeiner Betriebsverantwortung, die es



Zu den Lavinen-Ängsten am Arberg.

Der Arberg im Schnee.

An der Spitze des großen Lavinenschneefeldes, das 5 Tode bei der Rettungsaktion selbst in ein stark lavinengefährdetes Gebiet kam.

bestensstellung werden könnte, geben will; man fürchtet, er lehre später zum Lehrerberuf zurück. Die Zurück, die Anforderungen des Lehrerberufes nicht mehr gewachsen zu sein, hat einzelne zur tödlichen Waffe greifen lassen, als sie gerade an das Ziel gekommen waren; besonders traurig der Fall dessen, den nicht der Tod erlöste, aber der nun in Blindheit ist. Man muß die Zurück verstehen, wenn man bedenkt, daß gleichzeitig an den pädagogischen Akademien ein neues Lehrgangsstadium herangebildet wird, mit dem der Wettbewerb ein Leben lang durchzuführen ist. Immer wieder, der Staat will sie nicht geben lassen; aber er handelt so, daß sie gehen müssen. Vom Schimmeln, daß Leute, die zehn Jahre lang frei im Wirtschaftskampf standen, sich in die Abhängigkeit eines Guttschullehrers je wieder begeben sollten, redet man am besten nicht.

Sind Änderungen möglich? Man ändere endlich die unhaltbare Maßstabszahl 60, wofür die Gemeinden zu haben sind; denn die meisten haben immer mit anderen Zahlen gerechnet. Man teile die Klassen über 60, einzelne Klassen sollen doch heute noch bis zu 80 Schüler aufweisen, so schwer auch die Unterbringung nicht nur der neuen Klasse, sondern auch des neuen Lehrers in der Regel dabei sein wird; denn im Osten verlangt das flache Land darin völlig, wie jeder sich in wenigen Tagen überzeugen kann. Und dann bewillige man endlich bei Verteilungen von 14 Tagen und mehr einen Junglehrer als Vertreter. Der zweite oder dritte Lehrer hat schon heute auf dem Lande in Ostpreußen gelegentlich eine wahre Reise durch die pontinischen Eismäse zum Schulhaus zu machen. Man höre damit auf, ihn noch zur Verteilung dreimal die Woche für einen erkrankten Kollegen ins Nachbarort reisen zu lassen. Die drei Maßregeln zusammen werden sofort einen erheblichen Teil der Junglehrer in die Schularbeit stellen und damit die wichtigste Frage klären helfen: wie viele überhaupt in die Schule noch wollen. Et was mehr als die bisher bewilligten Millionen werden sie kosten; man kann aber bezweifeln, ob das Mehr so erheblich wäre, wie uns zum Schaden der ganzen Schule vorgebetet wird. Man wird einschneidende Maßregeln um so mehr verlangen müssen, als jetzt auch für Ostern 1927 Maßnahmen an den drei schon bestehenden pädagogischen Akademien an der neu zu errichtenden vierten Simultanakademie erfolgen, so daß spätestens ab Ostern ungefähr 200 Akademieabkömmlinge zu den Junglehrern fügen. Die Maßnahmen an den Akademien lassen sich nicht umgehen, da man das Nebeneinander zweier Jahrgänge, das eine Vorausübung jeder fünftägigen Akademie ist, doch nur so erproben kann. Aber es ist dann ebenso Pflicht des Staates, als die Junglehrer zu denken. Der Landtag hat in Unterrichtsausfall dieser Lage den verlangten Material über die eingezogenen Stellen verlangt, sowie über die Rollen, die bei Verteilung aller Klassen über 60 und über 50 Schüler entständen. Bezeichnend ist, daß man dabei von deutschnationaler Seite

zwar die Staatshilfe verlangte, für die Landeschulklasse aber alle Lasten ablegte. Ist die Landeschulklasse nur dazu da, das Land vor Schulkräften zu bewahren oder sogar noch für den den Städten Geld zuzuführen? Sie hat doch an den eingezogenen Stellen gespart.

Anmerkung der Schriftleitung: Diesen beachtenswerten Aufsatz haben wir dem „Berliner Tageblatt“ Nr. 589 vom 14. Dezember entnommen.

## Preußen und die Siedlung.

Der Bericht des Ministerialdirektors Articus.

Aus gutunterrichteten Kreisen wird dem „Demokratischen Zeitungsdienst“ geschrieben: Aus dem Bericht, dem in diesen Tagen der Ministerialdirektor Articus vom preussischen Landwirtschaftsministerium über die Siedlung in Preußen gegeben hat, könnte gefolgert werden, daß gerade durch die Initiative Preußens eine wesentliche Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung eingetreten wäre, während das Reich stets nur dem Drängen Preußens nachgegeben hätte. So ist hervorzuheben, daß das Reich auf Antrag Preußens die Siedlungskredite für dünn besiedelte Gebiete zur Verfügung gestellt hat. Verschwiegen ist jedoch dabei, daß dieser Antrag durch eine Absperrung von Reichsvertretern bei dem preussischen Landwirtschaftsministerium veranlaßt ist. In gleicher Weise sind nicht etwa von Preußen Richtlinien mit dem Reich vereinbart, sondern diese Richtlinien sind vielmehr von der Reichsregierung aufgestellt und Preußen hat ihnen erst nach langwierigen Verhandlungen zugestimmt. Die Verhandlungen mit Preußen haben sich insbesondere deshalb so außerordentlich lange Zeit hingezogen, weil Preußen lediglich auf die Bereitstellung von Geldern abgesehen anzunehmen, dem Reich jedoch keinerlei Einwirkungs-möglichkeiten auf die Verwendung der Gelder zuzugestehen wollte. Gerade dies war die Ursache, daß die außerordentlich günstig Marktlage für Güter im Frühjahr nicht ausgenutzt werden konnte. Während jeder annehmen sollte, daß die Verteilung dieser Reichsmittel doch dem Reich allein überlassen bleiben müßte, konnte eine Einigung mit Preußen nur dadurch erzielt werden, daß Preußen auch bei der Verteilung dieser Mittel ein maßgeblicher Einfluß eingedrungen wurde. Hinsichtlich der Bereitstellung der Reichskredite sind die Angaben, die Articus wiederholt im Landtag gemacht hat, erneuert worden, trotzdem im Reichstagsauschuß und bei sonstigen Gelegenheiten Mitglieder der Reichsregierung die Angaben der Vertreter den Angaben nicht gut wiederprechen betätigten.

Über die bisherigen Ergebnisse der Siedlung sind wieder die gleichen treffendsten, schon so oft kritizierten Zahlen bekannt gegeben. Tatsächlich sind nach dem Krieg durchschnittlich im Jahre nur allerhöchstens 700 landläufige Stellen im Umfang von 2-20 ha — und um solche Stellen kann es sich bei einer landwirtschaftlichen Siedlung nur handeln — begründet worden. Die Zahlen des Herrn Ministerialdirektors sind deswegen so hoch, weil er ganz kleine Stellen von 0-2 Hektar, darunter einige tausend Industriearbeiterstellen von einer Größe von nur 0,125 Hektar als landwirtschaftliche Siedlungen mitrechnet.

Mit welcher Befriedigung die neuen Stellen begründet sind, das vermag der Herr Ministerialdirektor, so weit er sich auch, daß eine große Zahl der Siedler die Stellen bereits hat wieder ausgehen müssen, weil sie infolge der hohen Befähigung einfach nicht zu halten waren.

Auf die ganz bestimmte Frage nach der Höhe der Kaufpreise konnte eine prägnante Antwort nicht erlangt werden. Ministerialdirektor Articus sprach wohl von einer zukünftigen jährlichen Befähigung der mit Reichsmitteln begründeten Siedlungen in Höhe von 10-12 RM pro Morgen. Aber auch diese Zahl ist selbst bei Grundbelegung des von Ministerialdirektor Articus angegebenen Kaufpreises von 200 RM nicht zu erreichen, denn bei einem Kaufpreis von 200 RM wird die Befähigung einer Stelle von 50 Morgen über 15 RM pro Morgen betragen. Dabei ergeht der Durchschnittskaufpreis von 200 RM für den Morgen sehr niedrig geriffen, denn es ist bereits bekannt, daß eine Reihe der angekauften Güter erheblich teurer ist.

Was die Mitteilung anbelangt, daß Preußen mit Bayern und Württemberg wegen Übernahme von Siedlern bereits verhandelt, so dürfen diese Verhandlungen kaum zum Ziele führen, weil die Verhandlungen über die Ausstattung der Siedlungen von den Heimatländern bisher wegen des Widerstandes Preußens noch nicht zum Abschluß gebracht sind.

## Durchführung der Reichsberedungsordnung.

Eine Erklärung des Reichsfinanzministeriums.

Auf die von dem demokratischen Reichstagsabgeordneten Bartsch eingereichte Anfrage über die Durchführung der Reichsberedungsordnung ist vom Reichsfinanzministerium folgende Antwort eingegangen:

1. Die vom Reichsberedungsauschuß aufgestellte Beredungsordnung für Bauleistungen ist inzwischen vom Reichsfinanzministerium, Reichsamt für die besetzten Gebiete, Reichspost- und Reichswehrministerium sowie als Dienstvorschrift eingeführt worden. Inwieweit sie im Bereiche des Reichsberedungsministeriums (Wasserstraßenverwaltung) und der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, bei denen wegen ihrer ingenieurtechnischen und

im Betriebe auszuführenden Bauarbeiten besondere Verhältnisse vorliegen, eingeführt werden kann, wird zur Zeit erwaogen.

Sowohl im Bereiche des Reichsfinanzministeriums, des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete, des Reichspost- und Reichsdruckministeriums noch andere Behörden angewandelt werden, handelt es sich um Bauarbeiten, die von der Verabschiedung der Verordnungsabteilung für Bauleistungen nach den früheren Bestimmungen verordnet werden sind, und auch nach diesen abgedruckt werden müssen.

2. Mit der Verordnung des Reichsfinanzministers von Schöffen vom August 1925 dürften die im August 1925 eingeführten Bestimmungen gegen Eingriffe in den Betrieb gemeint sein. Sollte diese Annahme zutreffen, so darf bemerkt werden, daß diese Bestimmungen auf Grund der Erfahrungen im Juli 1926 folgende Fassung erlitten haben: „Bei der Abgabe des Angebots hat der Unternehmer eine Erklärung abzugeben, ob er mit Anderen Vereinbarungen über die Preisbildung usw. getroffen hat, die auf diese Vergabe Anwendung finden. Als Vereinbarung gelten auch Kartell-Abreden. Der Auftraggeber ist berechtigt, vor Zuschlagserteilung Angaben über Art und Inhalt solcher Vereinbarungen zu verlangen. Für den Fall, daß sich die Erklärung über etwaige Vereinbarungen und die Angaben hierüber als unrichtig herausstellen, steht es der Bewakung frei, von Verträge zurückzutreten oder die Vertragspreise am 10. v. H. herabzusetzen.“

Die geforderte Erklärung und die verlangten Angaben sollen nur ein Mittel bieten, störenwidrige Vereinbarungen leichter festzustellen. Dabei stand fest, daß die Tatsache einer zulässigen Vereinbarung an sich nicht dazu führen dürfe, Angebote zurückzuweisen oder ungünstiger zu beurteilen.

### Die Wirtschaftspartei in der Praxis.

Ein volkswirtschaftlicher Ausschuss wurde am 1. Dez. ein Antrag der Wirtschaftspartei mit allen gegen eine Stimme abgelehnt. In den abweichenden Stimmen gehörte auch der Vertreter der wirtschaftlichen Vereinigung, der gegen den Antrag seiner eigenen Fraktion stimmte. Es handelt sich um eine Aenderung des Gesetzes über den Verkehr mit Vieh und Fleisch. Das merkwürdige Verhalten der Wirtschaftlichen Vereinigung, deren Vertreter gegen den Antrag der eigenen Partei stimmte, erhält noch eine weitere eigenartige Beleuchtung durch einen Artikel des Abgeordneten Drexler, 1. Vorsitzenden der Wirtschaftspartei, der in der „Deutschen Mittelstandszeitung“ vom 1. Januar 1927 zur Erklärung des Falles folg. schreibt:

„Jedes unserer Parteimitglieder weiß, daß die Wirtschaftl. Vereinigung im Reichstag eine Arbeitsgemeinschaft aus drei Parteien bildet, und zwar der Deutschhannoverschen Partei, dem Bayerischen Bauernbund u. der Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei). Daher kommt es auch, daß die Meinungen der drei bei den Abstimmungen oft nicht übereinstimmen, und daher kommt es auch, daß in den Ausschüssen eine andere Meinung vertreten wird als die der Wirtschaftspartei. Bei dem betreffenden Antrag zum Beispiel kommt wieder der Gegensatz zwischen Landwirtschaft und Gewerbebetrieb zum Ausdruck. . . Von der Fraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung war in Vertretung für das erkrankte ständige Mitglied Herr Ring vom B. B. B. beauftragt, welcher natürlich mit seiner Meinung nicht mit der Wirtschaftspartei übereinstimmt.“

„Bedarf es“, so meint die „Nat. Korr.“, „noch eines Beweises, daß weder Landwirtschaft noch städtischer Mittelstand etwas von einem Konglomerat zu erwarten haben, das in sich so uneinig und gegenseitig ist wie diese Wirtschaftspartei.“

### Parteinachrichten.

#### Bezirk Magdeburg.

##### Veranstaltungen

der  
Deutschen Demokratischen Partei,  
Ortsgruppe Magdeburg.

Geschäftsführender Ausschuss: Montag, den 17. Januar, abends 7 1/2 Uhr in der Geschäftsstelle, Breiterweg 139 bis 140.

Dienstag, den 11. Januar abends 7 Uhr: Rathaus gemeinsame Sitzung mit der Rathausfraktion. Informatorischer Vortrag des Herrn Stadtmittelrat Dr. K o n i g e r über Gesundheitspflege.

Stammisch: Dienstag, den 11. Januar, abends 8 Uhr Hotel „Weißer Bär“, Weinabschmecke 6.

Große politische Aussprache: Sonntag, den 9. Januar, vormittags 11 Uhr in der „Freundschaft“, Prälatenstraße 32.

Gruppe Alte-Neustadt-Nordfront. Dienstag, den 18. Januar, abends 8 Uhr in „Nationaltheater“ (Kaffee und Vortrag des Herrn Stadtrat W. Robert über (Kaffee) Vorstandswahl und Vortrag des Herrn W. Robert über „Schlacht und Viehohr der Stadt Magdeburg“ (Gäste willkommen).

Demokratische Jugend: Freitag, den 14. Januar, 8 Uhr abends, Zimmer 8, im Franke-Jugendheim (Wiederabend (Tanzprobe).

Demokratische Rathausfraktion: Dienstag, den 11. Januar, abends pünktlich 8 Uhr Fraktionsitzung.

Klein-Ammensleben. Sonntag, den 9. Januar nachmittags 3 Uhr im „Schwarzen Adler“ öffentliche Versammlung Redner: Landtagsabgeordneter Dr. B o h n e r.

Cäthen. Montag, den 10. Januar, spricht im demokratischen Klub der Landtagsabgeordnete Oberstadtdirektor Dr. B o h n e r. Der Vortrag beginnt bereits am Freitag 7 Uhr im „Schützenhauke“ Kleiner Saal. Die Parteifreunde werden gebeten, sich ausnahmsweise einmal früher einzufinden.

### Politische Aussprache.

Die Deutsche Demokratische Partei veranstaltet am Sonntag, den 9. Januar 1927, vormittags 11 Uhr in der „Freundschaft“, Prälatenstraße 32, eine politische Aussprache. Als Redner sind genannt: Landrat Herr Gardelegen und Landtagsabgeordneter Dr. B o h n e r - Magdeburg. Herr B o h n e r berichtet über wichtige Vorgänge in Provinziallandtag, Herr Dr. B o h n e r über die politische Lage. In dieser Veranstaltung haben alle demokratischen Wähler Zutritt, ebenso können Gäste eingeführt werden. Die Väter unserer Rosenkranz werden gebeten, diese Veranstaltung zu besuchen.

Die Teilnehmer an dem demokratischen Reichsmittelstandstag in Berlin am Sonnabend, den 15. und Sonntag, den 16. Januar müssen sofort der Bezirksgeschäftsstelle in Magdeburg gemeldet werden.

Wir weisen nochmals darauf hin, daß ein kleiner Rest von der Fraktion „Die demokratische Reichspartei und die Landwirte“ kostenlos durch die Bezirksgeschäftsstelle Magdeburg, Breiterweg 139/140 zu beziehen ist.

Oberbürgermeister Beims im Vorstand des Preussischen Städtetages. In seiner jüngsten Sitzung wählte der Vorstand des Preussischen Städtetages Oberbürgermeister Beims in den Vorstand und zugleich auch in den engeren Vorstand des Preussischen Städtetages. Oberbürgermeister Beims hat diese Wahl angenommen.

Verdiente Auszeichnung. Oberarzt Dr. W e i n e r t von der chirurgischen Abteilung des Krankenhauses Sühnenburg hat vom Ministerium des Innern als Auszeichnung für besondere Verdienste bei der großen Polioaus-

## Für unsere Frauen

### Wohnungsproblem und Kindererziehung.

Einige der wenigen, vielleicht die einzige erfreuliche Begleiterscheinung des Krieges ist die Milderung der Gesundheitsberücksichtigung, vor allem jedoch der Säuglingssterblichkeit. Und diese ist auch nach dem Kriege im Sinken geblieben. Hatten wir im Jahre 1920 noch eine Sterblichkeit der Kinder unter einem Jahre von 13,1, so ist sie im Jahre 1925 auf 10,5 gesunken. Leider stehen wir auch mit dieser Zahl noch unglücklich unter den Wäldern Europas. Holland hat die Zahl auf 5,0 herabgebracht und damit einen nachahmungswerten Rekord aufgestellt.

Dieses Sinken der Todesfälle der Säuglinge fällt nicht etwa nur zufällig mit der Abnahme der Geburten zusammen, sondern ist die direkte Folge. Wo viel Leben ist, da ist auch viel Tod, oder anders ausgedrückt: alles, was im Ueberfluß, oder auch nur in großer Menge vorhanden ist, verliert an Wert; es steigt im Kurs, sobald es knapper wird. Und das gilt von Kindern, ebenso wie etwa von Kartoffeln. Der Krieg hat uns diese wertvolle Lehre gegeben. Wir haben unseren großen Vorrat an Menschennaterial in verhängnisvoller Weise vergeudet, weil wir einen unbegrenzten Vorrat davon hatten. Wir werden diesen Weg weiter gehen, bis wir zur Beschränkung unserer Massen kommen — zur Geburtenregelung. Sobald unsere Bevölkerung sich vermindern wird, werden diese menschlichen Hilfsquellen uns in ihrem wahren Werte erscheinen: Als unsere kostbarsten Besitztümer. Wir werden die Gesundheit und das Glück jedes Einzelnen hüten, damit er sich selbst und der Gemeinschaft am besten dienen kann. Wir werden den größtmöglichen Gebrauch von unserem Material machen. Wir werden die menschliche Lebenskraft für aufbauende, soziale Zwecke verwenden und werden sie noch eifriger hüten, als wir es mit unserem Golde tun.“ Diese Sätze sind dem eben erschienenen Buche: „Neue Mutterchaft“ der amerikanischen Bevölkerungspolitikerin Margaret Sanger entnommen. (Neue Mutterchaft. Geburtenregelung als Kulturproblem. Aus dem Englischen übertragen und bearbeitet von Regine Deutsch. Mit einer Einleitung von Wiede Schreiber. Im Schönlens-Verlag zu Dresden 1927.). Sie gelten für alle Länder.

Neben diesem sozialen Inhalt und Zweck des Buches geht die feministische Anschauung der Verfasserin. Sie schließt das bisher von der Frauenbewegung Erreichte nicht hoch ein. Sie hält die Befreiung der Frau für nicht vollständig, bevor sie nicht das Recht auf freiwillige Mutterchaft erlangt hat. Hier erhebt manches übertrieben, und verallgemeinert, man ist geneigt zu glauben, daß dies auch auf die angelegentlich Frauen paßt als auf die denkenden. Ein Satz, der nützlich im Gerichtssaal gesprochen, stimmt jedoch sehr nachteilig. Die wegen Wortes verurteilte Anne-Marie Dommer sagte: „Ich war Mutter von zwei Kindern, und ich war doch Mädchen.“ Mutter ohne Kindespflicht, ohne inneres Verlangen, Mutter geworden — weil sie nun einmal verheiratet war! Das aber hält

Keine verdorbener Erbsitten und sie erwartet eine neue edlere Menschheit, von Kindern, die in den Flammen der Liebe gezeugt, von dem Munsche der Mutter empfangen worden sind. Wie selten Key für das Recht des Kindes als selbständiges Wesen eintritt, so Margaret Sanger für das noch ungeborene. Auch dies hat ein Rest und war: „Abkommen zu sein, erwarnt auf zu werden mit einer großen Liebe, die ihm das Recht auf das Dasein und zu freudiger Lebensbejahung gibt.“ Er spricht auch von dem Recht des Kindes auf gesunde Eltern und Vorfahren, auf den berechtigten Anspruch „edel geboren“ zu sein. Daß all dieses gegenüber der von so vielen Seiten gewünschten Massenproduktion in Arbeiterkreisen



Zum 100. Todestag Charlotte von Steins.

Am 6. Januar 1827 starb die Frau, die trotz des späteren Ruhmes Goethe noch am besten verstanden und am tiefsten in sich Juneres geliebt hat, Charlotte von Stein. Sie war die Tochter des Hofmarschalls von Schwarzl und seit 1794 als Hofdame der Herzogin Amalie mit dem herzoglichen Stallmeister Baron Friedrich von Stein vermählt. Goethes Briefe an sie sind eine der wichtigsten Quellen seiner Lebensgeschichte. Ihre eigenen Briefe an Goethe sind leider der Vernichtung anheimgefallen.

„Eine Utopie bleiben muß, weiß M. Sanger wohl. Darum erhebt sie ihre Stimme für Geburtenbeschränkung. Sie verweist alle gewalttätigen oder irgendwie schädlichen Maßnahmen und wünscht nur Vorbeugung.“

In ihrem Vortrags unterrichtet Wiede Schreiber den Standpunkt, der in der verschiedensten Ländern zu dieser Frage eingenommen wird; und sie stellt die Forderung auf:

- 1) erst Mutter- und Kindererziehung — dann Geburtenzählung,

2) erst Wohnungen und Brot — dann Kindererziehung,

3) erst Arbeit — dann Bevölkerungsabnahme!

„Nicht darauf kommt es an“, so schließt die Einteilung, „daß deutsche Frauen darin weiterfahren, die kinderreichsten Mütter zu sein, sondern auf den Raum, zu werden: im Lande höchsten Kinderrechts — die freiesten Mütter des freiesten Geschlechts.“

Das gedankenreiche Buch verdient weitest Verbreitung. Ganz gleich, wie man sich zu den hier angeführten Fragen stellen mag, sie sind des Nachdenkens sicher wert.

### Weibliche Kriminalität.

Die Kriminalstatistik für das Jahr 1924, die vom Reichsjustizministerium und vom Statistischen Reichsamt gemeinsam bearbeitet und herausgegeben wurde, gibt einen bedeutsamen Überblick über den Anteil weiblicher Personen an Verbrechen und Verbrechen. Besonders stark ist die Beteiligung von Frauen an dem Verbrechen der einfachen Kuppelei. Von insges. 1805 Verurteilten waren 1277 weibliche Personen, von denen 236 mehr als einmal verurteilt waren. Wegen Verleumdung oder übler Nachrede wurden 13022 Frauen verurteilt, wegen Verleumdung 230, wegen Fälschung der Leibesfrucht durch die Schwangere oder mit Einwilligung der Schwangeren durch Dritte 3831; bei dem letzteren Delikt erfolgten insgesamt 5296 Verurteilungen. Eigenartiger Weise ist auch der Anteil der Frauen an leichten und gefährlichen Körperverletzungen sehr groß. Es erfolgten 1277 Verurteilungen bei leichter und 1714 bei gefährlicher Körperverletzung. Von insgesamt 159701 Verurteilungen wegen einfachen Diebstahls entfielen auf das weibliche Geschlecht 32642, wegen Unterschlagung wurden 4252 Frauen belangt, wegen Sadenhehlerei 9952 und wegen Betrugs 4260. Ein einfache Unterschlagung begingen 309 Frauen, eine einfache Sachbeschädigung 320 Frauen. Zuwanderungen weiblicher Gewerbetreibender gegen die Vorschriften über die Sonntagsruhe führten bei 2350 weiblichen Personen zu einem Schuldg. Nach der Statistik haben im Jahre 1924 237 Frauen, ohne im Besitz eines Führerscheines zu sein, ein Auto gefahren, was auch in allen Fällen zur Verurteilung führte. Recht zahlreich sind auch die Verurteilungen über den Handels- und Warenverkehr. Wegen vorläuf. Preiswuchers wurden 3008, wegen fahrlässiger Preisfreiberei 1113, wegen unzulässigen Handels 1672, wegen Mißhandlung eines Preisfisches oder eines Preisvergeländnisses 8876, wegen Schleichhandels 332, wegen unbefugter Ausfuhr von Waren 1833 Frauen verurteilt.

Frauen vom Lehramt für Literatur in Italien ausgeschlossen.

Aus Rom wird gemeldet: Nach den neuesten Prüfungsbestimmungen für Lehramt sind die Frauen vom Lehramt für Literatur, Philologie und Geschichte an den Mittels- und höheren Schulen Italiens ausgeschlossen.

Reklame die Ehrenplakette erhalten. — Dr. Weinert hatte heute auch in Magdeburg bekannte Sammlung über Unfälle aus der Späher gebracht.

### Beficht auf dem Lande eine Wohnungsnot?

Ueber diese Frage und über die Frage der freien Wohlfahrtlichkeit haben wir von befreundeter Seite eine Zuschrift, die mit unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. Der Verfasser ist der Ansicht, daß eine Wohnungsnot nur in den Städten, nicht aber auf dem Lande besteht.

Beim: die kleine Gemeinde Grotzoff.

Die Jahre vor dem Kriege trug 750 Einwohner und heute, d. h. nach der vorjährigen Zählung, 732 Einwohner. Man sollte annehmen, daß daher hier eine Wohnungsnot nicht befanden hätte. Weit gefehlt; die Nachfrage nach Kleinwohnungen war so groß, daß in den letzten Jahren 10 Einfamilienhäuser und ein 4-Familienwohnhaus erbaut worden sind. Warum? Weil hier kleine Landarbeit, der vor dem Kriege sich mit kleinen Wohnräumen einrichtete und zwei — drei Räume oblag, heute glücklicher, wenn er seine Mutter los wird. Obgleich es den Sanftmütigen heute finanziell nicht geht, wird man kaum einen Hausbesitzer finden, der sich die Bürde eines unbenutzten Mieters, den er nicht wieder los wird, auflädt. Was für Grotzoff gilt, gilt aber fast allgemein in hiesiger Gegend auf dem Lande. Auch die Befürchtung, daß die Aufhebung der Zwangsverpflichtung unerschwingliche Mieten zur Folge haben würde, ist unzutreffend.

Beim: Herrschaftliche Wohnungen in den benachbarten Halberstadt sind bereits zu erschwinglichen Mietspreisen zu haben.

— Wie entfallen uns zunächst jeder Meinungsäußerung. Unser Abgeordneter Dr. Bohner spricht am Sonntag, den 9. Januar, vormittags 11 Uhr in der „Freundschaft“, über dies mit dieser Frage zusammenhängende Problem. Es gibt schließlich keinen Demokraten, der die Zwangswirtschaft im Wohnwesen zu einer dauernden Einrichtung haben will. Wogegen man sich wenden muß, ist die Verordnung über die Freigabe der gewerblichen Räume, die mit keiner Wohnung verbunden sind. Hier entsteht sehr schwere Nachteile für die kleinen Gewerbetreibenden, die niemand unterschätzen darf.

**Theater und Film.** Das Programm der einen der drei großen Sonderausstellungen der Deutschen Theaterausstellung Magdeburg 1927, die die Grenzgebiete des Theaters betreffen, nämlich das der Sonderausstellung „Theater und Film“, steht jetzt in seinen Grundzügen fest: neben einer Darstellung der hochinteressanten Geschichte des Films von der ersten kurzen Bilderreihe bis zum modernen vielfaktigen Drama wird der künstlerischen Fragen und der Künstler des Films eingehend gedacht. Die größte Unterhaltung, „Filmteddy“, zeigt alles, was an technischen Mitteln den weiten Weg vom Kaffin bis zum projizierten Bild ebnen. Während der Dauer der Ausstellung sollen Filmvorführungen, Freilichtvorführungen, Kultur- und Reklamefilme den Besuchern ein lebendiges Bild vom Wesen und von der Arbeit des Filmes geben. Die Durchführung der Sonderausstellung „Theater und Film“ liegt in den Händen der Gesellschaft der Freunde deutscher Kulturveranstaltungen in Leipzig, die ihre Arbeit in enger Fühlung mit der Deutschen Theaterausstellung Magdeburg 1927 durchführt.

**Gefn.** (Guten Tag, Herr Dr. Knarr!) An der letzten Stadtorbundenstung nahm seit langer Zeit der Bürgermeister Dr. Knarr teil. Magistrat und Stadtorbundenversammlung waren fast vollständig vertreten. In der Streitsache zwischen Bürgermeister und Magistrat lehrte die Versammlung die Entscheidung des Regierungspräsidenten ab und beschloß, sich beschwerend bei den Oberpräsidenten zu wenden. Die Versammlung bewilligte zum Ausbau der Kanalstation der verlängerten Bismarckstraße 10000 M an Anleihenmitteln, ebenso wurden für den Schulbau 2058 M nachbewilligt.

**Wahlrecht.** (Beamtensammlung.) Die Demokratische Partei hatte zu Mittwochs, den 5. Januar, die öffentliche Versammlung einberufen, die sehr gut besetzt war. Landtagsabgeordneter Dr. Bohner sprach über Beamtensachen. Eingangs seiner Rede behandelte Dr. Bohner die Stellung der Beamten zum heutigen Staat. Er wies darauf hin, daß der Beamte, der den Staat in die Verfassung gesetzt habe, sich nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich treu zu der Republik bekennen müsse. Der Beamte werde zum Heuchler, der den Staat innerlich ablehne.

Zur Verfassungspolitik übergehend, mied der Redner darauf hin, daß Reich und Länder durch den Krieg arm geworden seien und selbstverständlich bei der Verringerung der Einnahmen und den enorm gestiegenen sozialen Lasten nicht in der Lage waren, die Friedensbeholdung den Beamten all zu gewähren. In den letzten Jahren sei zwar ein kleiner Fortschritt eingetreten, der aber keinesfalls genüge, müssen noch wesentliche Verbesserungen folgen. Die Beamtenbeholdung sei stark durchlöcher und es sei schon erforderlich, wenn man bald eine Reorganisation der Verfassung vornehme. Dies sei umso mehr notwendig, weil gerade die Beamtenschaft während des Krieges und ganz besonders in der Nachkriegszeit schwer gelitten und die Lasten Opfer gebracht habe. Der Vortrag wurde mit starkem Beifall aufgenommen. In der anschließenden Aussprache wurden verschiedene Wünsche vorgebracht, die von Herrn Dr. Bohner den zuständigen Behörden nach Eingang der Unterlagen vorgetragen werden. Beschlossen wurde, die Aussprachen monatlich fortzusetzen unter Hingabe der Karte des gewerblichen Mittelstandes.

**Stahfurt.** In der 1. Sitzung der Stadtorbundenversammlung wurde unter Parteilosung Rektor **Dobbertan** als Kandidat gewählt.

In einer am 2. Weihnachtsfeiertage auf Charlottenhof-Wald stattgefundenen Versammlung des Mittelstandes und Handwerkers sprach unser Landtagsabgeordneter Dr. Bohner über „Siedlung, Haus-

gärtens und andere Steuerfragen.“ Seine ausführlichen Ausführungen fanden den Beifall der zahlreichen Besucher, die aus den Orten Bülbin, Reditz, Trappenna, Wörmitz und Jiepel geladen waren. Wie gut die Ausführungen aufgenommen wurden, geht wohl daraus hervor, daß die Versammlung den Wunsch nach regelmäßiger Wiederholung derartiger Vorträge aussprach. Sichtlich ist unser verehrter Herr Dr. Bohner dazu bereit. Es wurde abgemacht noch für die Wahl zur Landwirtschaftskammer ein Wahlvorstand aufzustellen unter dem Renannt: „Deutscher Bauernbund, Landwirtschaftliche Mittel- u. Kleinbetriebe.“ Er enthält an der Spitze die Namen Sehl-Framsdorf; Elbe-Waltermienburg; Winter-Jiepel. Alle, die Beiträge für die Landwirtschaftskammer zahlen, werden aufgefordert, ihr Wahlrecht auszuüben.

**Cochstedt.** Am 28. Dezember fand im Saale des Gasthofes zum „Schwarzen Adler“ eine Versammlung des republikanischen Wahlvereins „Mach der Mitte“ statt, in der Regierungsrat Otto Pausch-Magdeburg über „Gegenwartsfragen in Politik, Kultur und Wirtschaft“ sprach. Die Versammlung war außerordentlich stark besucht. Der Redner beleuchtete in seinem Vortrage die Bedeutung des Völkerebundes für Deutschland und zeigte die Wichtigkeit der bei der vorliegenden Aufspaltung. Ueber Genf werde und müsse Verhältnisse stützen und uns außenpolitisch die Erfüllung unserer Zukunftsvorstellungen bringen. Doch von heute auf morgen seien in der Weltgeschichte keine Früchte. Diese Forderungen — besetzte Gebiete, Ober-

**D. D. P.**  
**Magdeburg**

Sonntag, den 9. Januar, vormittags 11 Uhr  
**Freundschaft, Bräuterenstraße 32**

## große politische Aussprache

Redner:

### Landrat Boer = Gardelegen

### Landtagsabgeordneter

### Dr. Bohner

Eingeführte Gäste haben Zutritt.

schließen, polnischer Korridor, Danzig, Memel, Kolonialfragen — wurden vom Redner im einzelnen näher beleuchtet. Innenpolitisch müssen wir aus den Experimenten endlich heraus. Tragbar ist für das Reich nur eine Regierung wirklich republikanischer Parteien. Mischungen allein macht nicht regierungsfähig. Ist diese klare Linie im Reichstage von heute nicht möglich, dann muß das Volk nun entscheiden. Das Fortwähren muß endlich aufhören, sonst hält der deutsche Bürger den Dämmerzustand für den normalen Zustand. Es geht heute innenpolitisch nicht mehr um die Republik, die ist mehr denn je befestigt, wohl aber um die Sicherung der politisch-republikanischen Staatsmoral. Wer nicht ehrlücher Republikaner ist, gehört auch nicht in die Regierung der deutschen Republik. Im zweiten Teile seiner Ausführungen beleuchtete der Redner Lebensfragen des Wehr-, Lehr- und Nährstandes. Er forderte Reformen der Reichswehr an Haupt und Gliedern, um im Offiziers- u. Mannschaftenstand einer ausreichenden republikanischen Staatsgesinnung sicher zu sein. Weitere Ausführungen galten antirepublikanischen auf Katholiken und Angeln, denen gegenüber der heutige Staat von einer geradezu bewundernswürdigen Langmut sei, die das alte Regime nicht gekannt habe. Zum Schluß des mit starkem Beifall aufgenommenen Vortrages sprach der Redner eingehend über Siedlungs- und Handwerkerfragen. Besonders beleuchtete er an Hand statistischer Unterlagen aus dem Bezirke die enge Beziehung von Industrie und Handwerk, wofür vielfach ganz falsche Vorstellungen bestehen. Im zweiten Teil des Abends

## Nichts kommt von selbst,

auch die Verbreitung unserer

# Wochenschrift

muss erarbeitet werden.

Verbet bei allen Gelegenheiten Leser!

Probefüste durch den Verlag

Magdeburg, Breiterweg 139/140.

sprach Herr Krell-Magdeburg über Kreisamunipalpolitik in Kreise Quablinburg, wobei er besonders auf das Krankenhausprojekt in Cochstedt eingieng, das nach seinen Ausführungen wohl als erledigt zu gelten hat. Eingehend und unter lebhafter Zustimmung der Versammlung forderte er für das dem Kreise verlorne Grundstück in Cochstedt eine andere gemeinschaftliche Veranlagung. Die Versammlung nahm folgende Entschlieung einstimmig

an: „Der am 28. 12. d. J. in Cochstedt tagende Verein „Mach der Mitte“ beschließt, die hiesige Stadtorbundenversammlung, die Veranlagung des Landkreises Quablinburg und die Landwirtschaftskammer zu Halle a. S. zu ersuchen, sich dafür einzusetzen zu wollen, daß das vom Kreise erworbene „Lehngüßige Hausgebäude zu einer landwirtschaftlichen Winterställe oder weiblichen Haushaltungsschule, das Nebengebäude zu einer Bekleidungs- und Wäsche-, Bann- und Wäsche- ausgebaut werden möge, falls der Plan einer Krankenanstalt nicht ausgeführt werden sollte. — Der Abend brachte unserem Verein eine Reihe neuer eingeschriebenen Mitglieder.

**Göthen A. Anhalt.** (Weihnachtsfeier im Demokratischen Klub.) Der demokratische Klub hielt am Neujahrstage im „Schützenhause“ eine gefellige Veranstaltung ab, welche den Charakter einer Weihnachtsfeier trug. Obwohl sich die regelmäßig jeden Montag im „Schützenhause“ stattfindenden Klubabende neben der politischen Orientierung immer ein gewisses gefelliges Besämenen bieten, schien es trotzdem angebracht, den Freunden des Klubs und den Anhängern der Partei eine gefellige Veranstaltung in einem größeren Rahmen zu bieten. Einmal im Jahre kann sich wohl auch eine politische Gruppe zu einigen fröhlichen Stunden vereinigen. Faste sich bereits zu Anfang des Jahres 1926 eine ähnliche Veranstaltung als zugkräftig erwiesen, so vereinigte die jetzt stattgefundenen Weihnachtsfeier, trotz verschiedener anderer Vergnügen, einen noch größeren Kreis. Der Nachmittag gehörte den Kindern und wurde diesen allseitigen Abschwelungen gewidmet. Nach mehreren Konserthieren und nach dem Gesänge einiger Weihnachtslieder ging Ernst Hüttigs Wärdenspiel in 2 Akten „Die Hühner in n n n n“ in Szene. Die Personen des beschriftigt aufgenommenen Stüdes wurden nur durch Kinder dargestellt. Diese haben ihre Sache gut gemacht. Nach einer weiteren Gruppenstellung sogen diese jugendlichen Komödianten im Verein mit dem Weihnachtsmann in dem Saal. Jedes Kind wurde von ihm mit einer Tüte Nussereien bedacht. Eine Verlosung brachte den Kindern noch weitere Ueberraschungen. Ein Kinderball beschloß den Nachmittag, der für die Kinder sehr schnell vergangen war. Der Abend vereinigte die Erwachsenen zu einigen fröhlichen, aber auch genußreichen Stunden. Nach einer einleitenden musikalischen Darbietung am Klavier, Herr Mahlo bot Variationen über verschiedene Motive aus Kompositionen und Opern von W. Wagner, nahm der erste Vorkommende, Stadtdirektor Lohmann, M. d. L., das Wort zur Begrüßung. Im Verlaufe seiner Rede betonte er, daß sich im vergangenen Jahre in politischer und wirtschaftlicher Beziehung immer mehr geordnete und ruhige Verhältnisse herausgebildet haben. Die Demokraten haben sich nicht geändert, wohl aber hat die Umgebung Umwälzungen durchgemacht. Diese treten ganz besonders im außenpolitischen Kurs zu Tage. Für die Politik, die einem Reichthum nach das Leben löstete, er fiel durch Minderheiten, erhielt der eben mitgeführte Reichsausschussminister den Friedensnobelpreis. (Dabei gebärdete sich früher die Partei der Spießer wie Wilde, wenn jemand von Berittindigkeit sprach!) Der Bericht über den Aufstiegs in die Höhe, Sud-Dr. Lohmann bemerkte ferner, daß trotz der letzten Jahresfälle im Rheinland die Befriedigung der Wähler weiter fortgeschritten wird. Pflicht ist jeden demokratisch-republikanisch gesinnten Bürgers sei es, die ruhige Entwicklung der Dinge abzuwarten. Der unterhaltende Teil, im Rahmen eines bunten Abends durchgeführt, bot eine Ansiehe von Darbietungen. Herr Heinz Schwaborn von der früheren Theater-Kommission, erwies sich als ein routinierter Vortragshilfiker. Mit seinen Darbietungen, gleichgültig ob sie erstler oder heiterer Natur waren, errang er starken Beifall. Seine Resitation: „Deutsch ist der Rhein!“ ließ auch die Herzen aller Republikaner und Großdeutschen höher schlagen, wie dieses der spontan einsetzende Beifall bewies. (Uebrigens, warum hat man eigentlich den Künstlern der Kommissionschaft in Göthen das Spielen verboten? Aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen wäre es eine gefellige Pflicht der maßgebenden Instanzen gewesen, diese Künstlerdarbietung nicht dem Glend preiszugeben.) Frau Käthe Goltz, die hier bestammte Operntänzerin, erzielte mit ihren Gesangsnummern und Chansonen einen starken Erfolg. Die Künstlerin, die nur noch gelegentlich auftritt, versteht es trotzdem, durch flottes Spiel und durch gebiegender Vortragswiese Stimmung zu machen. Weiter brachte der Abend erneut die Bekanntheit mit Herrn Egbert Spiegel, der sich jetzt zum Bühnentänzer vorbereitet und das Konseratorium absolviert. Er lang eine Bagarre aus dem Weihnachtsoratorium von Joh. Seb. Bach, ferner das „Ave Maria“ von Perg. Kahn. Beides wurde von ihm langhüßig gesungen. Zeigte es sich hier schon, daß der Sänger auf diesem Gebiete seinen vollen Maß wirkungsvoll entfalten kann, so bewies er in der Falsch-Wrie aus Nitelais „Auf den Weibern von Windorf“, daß er auch in diesem Fach schon eine gewisse Routine besitzt. Auch hier entzündete sein volles Organ, welches seit einem Jahre gute Fortschritte erkennen ließ. Jedenfalls lernten wir einen Bekannten kennen, wie ihn die Zukunft einmal finden wird. Fräulein Amemarie Lohmann lang einige sehr beifällig aufgenommenen netliche Lieder zur Laute. Ein Ball füllte den weiteren Teil des Abends aus. Während der Kaffeepause fand die Verlosung statt. Auch wurden noch mehrere Neben gehalten. Erst in den Morgenstunden trennte man sich. C. Th.

**Wer hat bezahlt?**

Um Einbindung der fälligen Bezugsgebühren und Beiträgen wird freundlichst ersucht.

Eingegangene Gelder: U. D. Wilmshaus 6 Mk. Dr. A. Doffa 7,20 Mk. D. R. Magdeburg 20 Mk. R. R. Fridson 10 Mk. H. R. Stahfurt 7,20 Mk. Tel. C. Göthen 3,40 Mk.



# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der **Politische Wegweiser** erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — **Verlagspreis:** 66 Goldpfennige monatlich, wöchentlich 15 Goldpfennige. — **Abbestellungspreis:** 21 Goldpfennige. — **Abbestellungspreis:** 21 Goldpfennige. — **Abbestellungspreis:** 21 Goldpfennige.

**Einzelhefte:** 10 Goldpfennige. — **Abbestellungspreis:** 21 Goldpfennige. — **Abbestellungspreis:** 21 Goldpfennige. — **Abbestellungspreis:** 21 Goldpfennige.

Nummer 2

Salle (S.), 8. Januar 1927

3. Jahrgang

## Das Jahr der Räumung.

Die üblichen Reden — Einst und jetzt — Berlin — Paris — Londons Zurückhaltung — Direkte Verständigung — Hindenburg — Doumergue — Die Vertreter des Vatikan — Toben der Pariser Rechtspreffe — Clemenceau — Eine bezeichnende Antwort — Die Räumung — Völkerverheugung — Die Bekämpfung des Militarismus — Griechische Wirren — Die Dummheiten des litauische Faschismus — Polnische Kriegsandrohung — Frieden im Innern — Ausgleich der Wirtschaftsinteressen — Sozialer Ausgleich — Der Kampf der Weltanschauungen — Der Wahlkampf.

Im allgemeinen besagen die Reden beim Empfang des diplomatischen Korps am Neujahrstage nur sehr wenig. Sie sind eine Einrichtungs- und eine sich seit langen durchgezogen hat und die nicht verschwinden könnte, ohne den Ton, der zwischen den Völkern jetzt üblich gewordenen Aussprache zu verändern. Scheinbar ein Hofflichkeitsakt, in Wirklichkeit doch etwas mehr. Und hier hat die Demokratie ihre Spuren hinterlassen. Man braucht nur an jene Neujahrsempfänge zu erinnern, die in vergangenen Tagen stattgefunden haben, an dem berühmtesten vom 1. 1. 1870, als Napoleon III. den fremden Hofkammern seine große Friedensrede hielt, die schon sieben Monate später durch einen der blutigsten Kriege aller Zeiten als nicht ganz so glücklich waren, wie seine sonstigen Reden, weil sie vorher genau festgelegt wurden. Unbeliebig waren nur seine Ansprachen dann im Zeughaus an die kommandierenden Generale. In den meisten Fällen gelang es ja dem verantwortlichen Redner, den größten Anstoß herauszufischen, doch pflegte auch das, was in die Ohren drang, über genügend Aufsehen zu erregen. Das hat sich von Grund auf geändert. Die Formen sind schlichter und bürgerlicher geworden, dafür hat der Inhalt an Bedeutung gewonnen.

Berlin und Paris sind die eigentlichen Brennpunkte der europäischen Politik. Damit soll Londons Bedeutung nicht verkleinert werden, aber es wachst eine gewisse Zurückhaltung, die schon durch seine ungenügende Stellung als Hauptstadt des Weltimperiums gegeben ist. Auch in England heute nicht mehr der eigentliche Exponent der Weltmacht, man mag sie so nennen wollen, nachdem ein Diktator eine direkte deutsch-französische Verständigung erreicht worden ist. Was sich die beiden Völker zu sagen haben, können sie heute ausprechen, ohne einen Vermittler in Anspruch zu nehmen. So gewonnen die Reden der Staatsoberhäupter am Neujahrstage gerade im Hinblick auf die gegenwärtigen Beziehungen der beiden Staaten doch einen gewissen Wert. Ein eigenartiger Zufall fällt es, daß in beiden Hauptstädten der Vertreter des Vatikan, in Berlin Nuntius Pacelli, in Paris Erzbischof Magliani, denen des diplomatischen Korps ist. Und hier haben wir offenbar eine Willensäußerung des Heiligen Stuhles selbst, da beide das Thema Voarano angeht haben. Deutschland und Frankreich haben sich dann in den Artworten ihrer Präsidenten noch einmal ausdrücklich zu dieser Politik bekannt, einer Politik, die man etwas übertrieben als positiv bezeichnen kann, wenn auch ihr Zweck nicht in dieser Richtung zu suchen ist. Faschismus kann nur auf allgemeiner, internationaler Grundlage beruhen und nur allgemeine Abrüstung zum Ziel haben, während die Beziehungen zweier Staaten schließlich nicht an sich zu betrachten und von allgemeinen Weltverhältnissen loszulösen sind.

Es ist der beträchtliche Fortschritt, der im vergangenen Jahre erzielt wurde, daß haben und drüben des Rheins überwältigende Mehrheit der Nationen geschlossen hinter diese Verständigungswillen stehen. Die Massen haben begriffen, und sie sind dabei durch Erfahrungen bestätigt worden, daß es gewisse Gemeinwohlinteressen gibt, die man nicht veräußern kann, und wäre es auch nur die gleiche Abhängigkeit von den großen Kapitalmächten und Reichstümern der Erde. In Hindenburgs Ansprache wird auch die Frage des besetzten Gebietes gestreift, in der Doumergues ist sie vermieden worden, aber Briand hat einen Tag zuvor öffentlich erklärt, daß die vorzeitige Räumung im Friedensvertrage enthalten sei, so daß weder der Vertrag von Versailles nicht genügend gelassen werde. Daß man die Räumung auch in Frankreich als das Problem dieses Jahres ansieht, geht aus den wütenden Angriffen der Pariser Rechtspreffe hervor. Namentlich Bertinax im Echo de Paris gibt sich die größte Mühe, den ihm auch persönlich verhassten Außenminister neue Schmierereien zu bereiten. Er hat sich dafür an die führenden Persönlichkeiten im national-französischen Lager gewandt um mit ihrer Meinung eine Propaganda zu betreiben. Der alte Clemenceau, der als erster zu Wort kam, hat allerdings nur erklärt, wenn er etwas zu sagen hätte, würde er das längst getan haben. Diese Antwort ist wiederholt, aber auch bezeichnend für den Wandel, der sich vollzogen hat. Der Tiger ist still geworden, er hat die große Aufgabe seines Lebens, die Vorbereitung und Durchführung des Kernschrittes gelöst und damit Erfolg

Lothringen für Frankreich zurückverleihen. Darüber hinaus aber hat ihm die politische Entwicklung keine Grenzen gezogen. Er erkennt wohl heute selbst, daß die Zeit andere Wege eingeschlagen hat als er sie für richtig befunden hätte. Er selbst blieb von der Tragik verschont, die Pomarete heimgesucht hat, der seinen Namen unter die neuen Annahmen setzen muß.

Die Aberräumung ist das Problem unserer Tage. Wenn 1927 einen Fortschritt bedeuten soll, muß die Befreiung der deutschen Erde erreicht worden sein. Nicht

### Neujahresgruß

unseres Reichstagsabgeordneten  
Staatspräsident a. D.  
Dr. Hummel

Das verfloßene Jahr bedeutet trotz der scheinbaren Verwirrung, mit der es geschlossen hat, einen Schritt vorwärts zur internationalen Verständigung, zur nationalen Einigung, zur Befreiung der deutschen Erde. Wenn wir in Deutschland mit der gleichen Leidenschaft, einer für Alle, Alle für einen sein wollten, mit der manche Kreise einander bekämpfen, würden wir noch weiter gelangt sein. Vielleicht hat aber das Schicksal uns die Zwietracht mit auf den Weg gegeben im Interesse der Anderen, wenn wir sonst zu stark werden würden. Wenn wir indes nicht nachlassen, an die gute Sache des Volkes zu glauben und nach diesem Glauben innen- und außenpolitisch zu handeln, werden wir auch in neuen Jahren fortfahren zu einer guten Zukunft.

Hummel.

nur im Interesse unseres Volkes, sondern des europäischen Friedens überhaupt. Das Randauer Urteil hat in dieser Hinsicht ausgezeichnete Dienste geleistet. Es hat nicht nur den Neutralen, deren Stimmen nicht zu schwer zu das Gewicht fällt, sondern auch großen Teilen der französischen Bevölkerung den unabweislichen Beweis geliefert, daß fremde Truppen am Rhein eine Gefahr in sich schließen. Die Gefahr beruht nicht nur auf die Möglichkeit von Friedensstörungen und Völkerverheugungen, sondern mindestens im gleichen Maße in der Stärkung des Militarismus. Das Kriegsgesicht in der Pfalz hat sich nur über Deutschland gewandt und die Deutschen verurteilt, sondern ganz bewußt Sabotage gegen die Verständigungspolitik getrieben. Kriegsgesichte sind nie in die politische Entwicklung einzuräumen. Gerade Frankreich hat darin besonders schmerzhaft Erfahrungen gemacht und die Lehren von uns erinnern sich noch jener ungeheuren Aufregung, die die Kriegsgesichte in der Dreifus-Affäre hervorgerufen haben. Damals haben die Offiziere Frankreich geradezu vor einen Bürgerkrieg gestellt. Und es ist nur der Energie weniger Männer zu danken gewesen, namentlich Waldeck-Roussin, daß es mit kleineren Straßenkämpfen abging.

Die Bekämpfung des Militarismus ist eine internationale Pflicht, niemand verkennt den Zwang zur Abwehr. Auch die Vereinigten Staaten sehen sich heute genötigt, große Marine-Verlagen einzubringen und nicht bei dem Weltfrieden eines Tages einfach an die Wand gedrückt zu werden, aber dahinter steht doch immer der Wille, die Rüstungen zu beschränken und allmählich un-

möglich zu machen. Der Militarismus hat einen Sinn, solange er sich in das Staatsgefüge einordnet, er hört auf von Nutzen zu sein und wird zu einer öffentlichen Verdröhung, wenn er sich als Selbstzweck entwickelt. Das Heer ist nichts anderes als ein Instrument im Dienst des Staates. Das haben in ihren Neujahrstelegrammen auch Admiral Jentz, der Leiter unserer Marine, und General Heye, Secrets Nachfolger, scharf betont. Es ist ein republikanisches Glaubensbekenntnis gewesen, auch wenn es die Form nicht ganz hatte. Wir können das aber aus der Tatsache schließen, daß der neue Chef der Heeresleitung überzeugter Republikaner ist.

Wie wenig der Militarismus den Völkern nützt, zeigt sich überall dort, wo er nach der Verfassung greift. Wir sehen dabei von Spanien ab, obwohl ein General Diktator wurde, denn die Armeen ist zum großen Teil gegen ihn. Aber man braucht nur an die Instruktion in Griechenland zu erinnern, die auch jetzt noch dem Sturz der Diktatur von neuem anheben. Das unglückliche Hellas kommt durch seine Offiziere nicht zur Ruhe. Genauso daselbst gilt von Litauen. Der Putz ist gelungen, aber sofort zeigte sich, daß die Organe des Faschismus durchaus nicht geneigt sind, Politik zu treiben, die dem Interesse der Völker dient. Der Ministerpräsident Radomoras gab Erklärungen ab, die sowohl im Berlin wie in Moskau ein freundliches Echo werden dürften, aber die Ausweisung reichsdeutscher Journalisten aus Lemberg war eine

schonung von 4 Kommunisten und 1000 Polen, die im Lande verhaftet wurden.

Das dritte Beispiel ist Polen. Als Kandidat der Sozialisten hat Marshall Piłsudski seinen Staatsrecht unternommen. Vielleicht war er damals von reiflichem Willen getragen, weil man nicht ein Doppelspiel annehmen, aber sobald er zur Macht gelangte, erfolgte die Wendung. Der Militarismus ist dort wieder im Wachen und das war auch der Grund, weshalb wir für die positivsten Bestrebungen eine andere Voraussetzung wünschenswert, als sie augenblicklich gegeben ist. Man liefert den Frieden nicht durch einseitige Entwafrung. Gerade in ihren Neujahrsehrachtungen haben die meisten Reichstagsblätter das Verhältnis zu Deutschland einer Kritik unterzogen, die außerordentlich verfeinert muß. Es wird vom Korridor, von dem Staatsrecht über die Völker gesprochen und

colorchecker CLASSIC

colorchecker CLASSIC

Fallen aber die wirtschaftlichen Gegenstände für die Politik einmal fort, und das muß erreicht werden, dann kann man für die folgenden das gleiche fordern. Herrscher wollen einer Partei läßt sich auf die Dauer nicht mit dem Gemeinwohl vereinigen, nicht einmal mit dem eigenen. Neben zu starken Forderungen nach der einen Seite folgt zwangsläufig der nach der anderen. Ein Teil unserer Zeitgenossen, wir nennen wir den Namen Silbert-

der im  
927  
152  
M A  
SSE DES  
ISCHEN  
GR. 1899  
BESTE  
BRUNG  
GEGEN  
KHEIT  
für sic  
anten hiesig  
den.  
e. sion  
im Fab  
in drei Haus  
Derg  
straße 3  
Bereit